

POLITISCHE STUDIEN 487

Magazin für Politik und Gesellschaft

 Hanns
Seidel
Stiftung

70. Jahrgang | September-Oktober 2019 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

DER UMWELT ZULIEBE ...



/// Im Zeitgespräch: Neue Aufgabe, neue Herausforderungen, neuer Chef – 06

/// Rezo, TikTok und die Chancen demokratischer Prozesse – 41

/// Lesen und schreiben ist doch kinderleicht ... – 50

www.hss.de



„Parteien der **MITTE** können auch unter schwierigen Bedingungen mobilisieren.“

DIE LANDTAGSWAHLEN IN SACHSEN UND BRANDENBURG

Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg vom 1. September 2019 haben einen Trend bestätigt, der sich auch bei anderen Wahlen in Deutschland in jüngerer Vergangenheit gezeigt hat: Die großen Parteien verlieren, bleiben aber führend und bilden wieder eine Regierung. Wenn es nicht mehr zu einem Zweierbündnis reicht wie in Bayern, werden Koalitionen mit drei Partnern gebildet. Die AfD nimmt zu – allerdings gegenwärtig eher im Osten –, bleibt aber machtpolitisch isoliert. Nach dieser Melodie dürfte auch bei den nächsten Wahlen getanzt werden.

Auch dieser Aspekt der Wahlen fällt auf: Der Protest verschiebt sich immer stärker von links nach rechts, was in den neuen Ländern größere Auswirkungen auf das Parteiensystem hat. Die Linke ist der größte Verlierer dieses Wahltages, mit den höchsten relativen Verlusten aller Parteien. Offensichtlich hat die AfD dort einen Großteil des Protestpotenzials für sich mobilisiert. Zwar hat sie – wie fast alle anderen Parteien – von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert, aber den Gewinn von den Nichtwählern in Brandenburg und Sachsen nahezu komplett an die AfD wieder abgegeben. Die AfD andererseits hat den mit Abstand größten Teil ihrer Zugewinne aus dem Nichtwählerlager und von kleineren Parteien erzielt. Auch SPD und CDU haben an die AfD verloren, aber insgesamt lebt der Rechtspopulismus nicht von den Volksparteien. Die Parteien der Mitte können ebenfalls und auch unter schwierigen Bedingungen mobilisieren. Dieser Befund sollte für die künftige Entwicklung unseres Parteiensystems optimistisch stimmen.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Referent für Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung,
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

INHALT



06

IM FOKUS

- 12 **DER UMWELT ZULIEBE ...**
Einführung
VERENA HAUSNER
- 16 **... UND JETZT?**
Rettet die Bienen
THOMAS M. KLOTZ
- 25 **DER WEG IN DIE KREISLAUF-
WIRTSCHAFT**
Die Vermüllung unseres
Planeten stoppen
ANJA WEISGERBER
- 33 **KLIMAPOLITIK 2019**
Zwischen Notstand und
Krisenbewältigung
DENNIS TÄNZLER



25



50



60

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 06 **NEUE AUFGABE, NEUE HERAUS-
FORDERUNGEN, NEUER CHEF**
Stabwechsel in der
Hanns-Seidel-Stiftung
OLIVER JÖRG

ANALYSEN

- 41 **REZO, TIKTOK UND DIE
CHANCEN DEMOKRATISCHER
PROZESSE**
Soziale Medien als politischer
Kommunikationsraum
STEFFEN HILLEBRECHT
- 50 **LESEN UND SCHREIBEN IST
DOCH KINDERLEICHT ...**
Analphabetismus Erwachsener
in Deutschland
TIMM HELTEN

AUS DEM ZEITGESCHEHEN

- 60 **„... WIR SCHÄMTEN UNS DER
TRÄNEN NICHT“**
30 Jahre Mauerfall
VERENA HAUSNER

AKTUELLES BUCH

- 74 **DORFGESPRÄCH**
Wir haben uns gerade noch gefehlt
SILKE FRANKE

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 78 REZENSIONEN
- 84 ANKÜNDIGUNGEN
- 86 IMPRESSUM



Quelle: HSS

/// Stabwechsel in der Hanns-Seidel-Stiftung

NEUE AUFGABE, NEUE HERAUSFORDERUNGEN, NEUER CHEF

Am 1. Juli 2019 hat Oliver Jörg sein neues Amt als Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung angetreten. „Ich freue mich riesig auf die neuen Aufgaben“, sagte er bei seiner Amtseinführung. Jörg, ehemals Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter und vielfältig ehrenamtlich engagiert, stellt seine Arbeit – passend zum Motto der Stiftung – in den Dienst von „Frieden, Freiheit und Demokratie“. Wir haben ihn gefragt, was er vorhat in und mit der Stiftung. Und noch mehr ...



/// **IM ZEITGESPRÄCH: OLIVER JÖRG**
Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung,
München.

„ Ich freue mich, mit dem Team das Tätigkeits-
spektrum der Hanns-Seidel-Stiftung begleiten und
WEITERENTWICKELN zu dürfen.

Politische Studien: Herr Jörg, Sie sind seit 1. Juli Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung. Herzlichen Glückwunsch noch einmal! So ganz neu sind Sie aber nicht, denn seit Juli 2018 sind Sie bereits Vorstandsmitglied der HSS. Nachdem Sie nun schon Eindrücke von der Stiftung gesammelt haben – wie würden Sie diese beschreiben?

Oliver Jörg: Schon als Mitglied des Vorstands habe ich in der Stiftung sehr motivierte Mitarbeiter kennenlernen dürfen. Besonders habe ich mich in dieser Zeit um die Begabtenförderung gekümmert. Umso mehr freue ich mich jetzt, zusammen mit dem Team das gesamte Tätigkeitspektrum unserer Hanns-Seidel-Stiftung begleiten und weiterentwickeln zu dürfen.

Was fasziniert Sie an der neuen Aufgabe?

Die Welt dreht sich so schnell wie nie. Viele Menschen sind von der Sorge getrieben, dem nicht standzuhalten. Die aktuellen Herausforderungen setzen global wie regional zwingend ein vernetztes und gemeinschaftliches Vorgehen voraus. An der Nahtstelle zwischen Gesellschaft und politischen

Verantwortungsträgern ist die Arbeit der Politischen Stiftungen besonders gefragt: Es gilt, vorzudenken. In Zukunft sollten wir noch stärker Vordenker für Gesellschaft und Politik sein. Es gilt auch, zu begleiten. Unsere Politische Bildung muss Menschen im Haupt- wie im Ehrenamt weiterhin befähigen, aktiv an gesellschaftspolitischen Prozessen teilzuhaben. Und es gilt, fit zu machen: Vor allem unsere Stipendiaten sollen ermutigt werden, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten und Verantwortung zu übernehmen. Aber am Wichtigsten für die Stiftung: Mit diesen Kernkompetenzen müssen wir als Dialog-Plattform fungieren, wo immer wir gefragt sind – von Washington bis nach Peking und von Brüssel bis nach Kapstadt.

Und wovor haben Sie Respekt?

Entwicklungshilfe neu zu denken. Neben unserem Bestreben, gute Bedingungen durch gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, gehören auch die Überwindung von Hunger, Armutsbekämpfung, Klima- und Landschaftsschutz und die Schaffung von Arbeitsplätzen

”

Die vorrangigste Aufgabe ist, **ANTWORTEN zu geben auf den Umgang mit gesellschaftlicher Divergenz, zunehmenden Partikularinteressen und diffusen Ängsten.**

”

Wir müssen uns der Fragen, die bewegen, noch **STÄRKER annehmen.**

dazu. In vielen dieser Bereiche ist die HSS auch aktiv. Wir müssen uns aber noch klarer werden, warum und wo wir uns engagieren, wo unsere Stärken gerade als Politische Stiftung liegen. Und bei alledem dürfen wir die bayerische Perspektive nicht aus dem Blick verlieren.

Vor welchen großen Herausforderungen steht die Stiftung in den kommenden, sagen wir, fünf Jahren?

Das weltweit einzigartige System der Politischen Stiftungen in Deutschland ist nicht durch eine „Ewigkeitsklausel“ abgesichert. Es gilt, dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen unsere Angebote auch wahrnehmen und nutzen. Nur so wird klar, welchen Stellenwert Politische Stiftungen für die Gesellschaft und Entscheidungsträger haben. Auch müssen wir unsere Arbeit immer wieder erneuern und aktuellen Herausforderungen anpassen. So müssen wir interne Organisationsstrukturen ebenso zukunftsfest machen wie unsere Finanzierungsgrundlagen sichern.

Antworten zu geben im Umgang mit gesellschaftlichen Divergenzen und einer wachsenden Welt von Partikularinteressen wie auch mit diffusen Ängsten in unserer Gesellschaft,

wird mehr und mehr zu einer der vordringlichsten Aufgaben. Sinnstiftend zu wirken, Zusammenhalt und Dialog zu fördern, Handlungsempfehlungen auszusprechen, Leitplanken aufzustellen, klare Abgrenzungen vorzunehmen, das Verbindende zu definieren, die Verständigung auf den Wertekanon zu begleiten, weiterhin nachhaltig für Demokratie zu werben, eine offene, pluralistische Gesellschaftsform zu verteidigen, wird wichtiger denn je. Das sollen Leitgedanken unserer Arbeit sein.

Mehr junge Menschen zu erreichen, ist für Sie ein wichtiges Thema. Wie wollen Sie dieses Ziel verwirklichen?

Wir müssen mit unseren Bildungsangeboten noch breiter und früher ansetzen. Als Partner brauchen wir Bildungseinrichtungen, verstärkt Schulen. Wir wollen für junge Menschen Ansprechpartner für ihre essenziellen Fragen sein. Wenn junge Menschen danach fragen, wo „ihr Platz“ in der Gesellschaft ist und wie die Welt in 20 Jahren aussehen wird, wenn sie Verantwortung tragen werden, geht es nicht um Parteipolitik. Gleichzeitig wollen wir aber einen christlich-sozialen Wertekanon vermitteln. Das heißt, die persönliche

Entfaltung und Eigenverantwortung der Menschen stärken, aber auch die Bildung einer starken Wertegemeinschaft fördern, die in der Lage ist, die vielfältigen Herausforderungen zu meistern und solidarisch zusammen zu stehen. Gerade den Stipendiaten wollen wir noch mehr Mut machen, sich aktiv in den politischen Diskurs einzubringen. Letzteres müssen wir auch einfordern. Sie sollen nicht nur in Seminaren fleißig diskutieren, sondern eine Stimme nach außen sein. Essenziell ist, dass sie nach außen Multiplikatoren sind oder – pathetischer formuliert – unsere Stipendiaten ein Stück weit die Welt verändern.

Als Wissenschaftspolitiker waren und sind Sie gut mit Politik, Hochschulen und Forschung vernetzt. Wie werden Sie dieses Netzwerk für die Stiftungsarbeit nutzen?

Ich will vermehrt auf Kooperationen und Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen setzen und gleichzeitig herauskristallisieren, wo die solitäre Stellung unseres „kleinen, aber feinen Think-Tanks“, der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, in Bayern ist. Selbstverständlich stehen wir auch mit anderen Institutionen im Wettbewerb, was ja auch gut ist. Nur im wissenschaftlichen Diskurs bringen wir zentrale Fragestellungen voran.

Die Stiftung soll auch als Frühwarnsystem für große gesellschaftliche Entwicklungen fungieren, fordert der CSU-Parteivorsitzende und Stiftungsmitglied Dr. Markus Söder. Schwierige Aufgabe, oder?

Eigentlich nicht, denn die Stiftung hat die Instrumentarien dazu. Es gibt einen großen Pool an Vorausdenkenden, z. B. unsere Stipendiaten. Wir haben außerdem mit unseren Mitarbeitern im In- wie Ausland einen großen Pool an „In-die-Tiefe-Denkenden“. Und wir haben mit unseren zahlreichen Seminaren im Bildungszentrum Kloster Banz und in der Fläche in ganz Bayern ein „Ohr“ ganz nahe am Menschen. Wenn wir all diese Kompetenzen stärker zusammenbringen und ihnen eine Richtung geben, funktioniert es. Für ein solches Frühwarnsystem können wir die Plattform sein. Mit einer Jugendstudie wollen wir zuallererst eruieren, was vor allem junge Menschen in Bayern bewegt.

Aber auch insgesamt muss der Stiftung ein stärkerer Aufschlag in der Breite und in der Tiefe gelingen, wenn wir weiterhin gesellschaftspolitische Relevanz haben wollen. Darüber hinaus müssen wir uns auch der Fragen, die die Menschen bewegen, noch stärker und mit einem Blick fürs Ganze annehmen. Themenschwerpunkte für 2020 werden daher u.a. die Gefährdung von Demokratie, die Nachhaltigkeit in der Klima-, Umwelt- und Energiepolitik und die Frage sein, welche Herausforderungen unsere Kommunen haben, um Menschen auch in einer globalen Welt Heimat zu bieten.

Kurze Frage – schnelle Antwort

Gibt es eine Maxime, die Sie durch Ihren (Arbeits-)Alltag begleitet?

Ich sag mir selbst augenzwinkernd: „Wo gehobelt wird, fallen Späne. Und wenn es leicht wär, könnt es jeder. Versuch, das Beste draus zu machen.“

Welche Angewohnheiten schätzen Sie an Menschen besonders?

Mut für Neues!

Sie haben einen Tag frei und können den so gestalten, wie Sie wollen. Wie sieht der aus?

An meinem ersten freien Sonntag bei der Stiftung habe ich mir einen „Weitblick“ verschafft – von oben, auf der Tegernseer Hütte. Bergsteigen ist überhaupt mein ganz probates Mittel, die Dinge mal aus einer anderen Perspektive zu betrachten.

Zum Schluss: Worüber können Sie herzlich lachen?

Über den Kabarettisten meiner Jugend, Uli Keuler.

Die Fragen stellte Thomas Reiner, Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



Gemeinsam auf neuen Wegen die Stiftung in die Zukunft führen: Die Vorsitzende Ursula Männle und Generalsekretär Oliver Jörg bei seiner Amtseinführung Anfang Juli.



Quelle: Robert Kneschke/Fotolia.com

/// Einführung

DER UMWELT ZULIEBE ...

VERENA HAUSNER /// Unser Planet Erde hat Fieber. Es steigt mittlerweile lebensbedrohlich an. Dass wir alle dringend handeln müssen, ist nicht nur der jungen Generation z. B. mit der weltweiten Bewegung „Fridays for Future“ klargeworden, weil sie verständlicherweise um ihre Zukunft bangt. Die Herausforderung Klimawandel mit all seinen Auswirkungen können und müssen wir alle gemeinsam bewältigen. Hier sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefragt.

Es wird drastisch wärmer. Der Juli 2019 war europaweit der heißeste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1880. Der vieldiskutierte Klimawandel ist also nicht nur da, sondern bereits in vollem Gange, mit all seinen Auswirkungen und Folgen. Der Mensch als Bewohner und Nutzer des Planeten Erde hat mit den von ihm verursachten Emissionen entscheidend zur Erderwärmung beigetragen. Umkehren lässt sich der damit verbundene Klimawandel nicht mehr. Doch die

schlimmsten Folgen können wir noch verhindern, wenn wir jetzt die Notbremse ziehen und alle entschieden handeln.

Der KLIMAWANDEL lässt sich nicht mehr umkehren.

Auch in Bayern erhielt die Debatte über Umwelt, Klima und Klimawandel mit dem Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ neuen Schwung. 1,7 Millionen Bürger unterschrieben das damit erfolgreichste Plebiszit im Freistaat. Es hat im Dialog zu tiefgreifenden Veränderungen des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten des Erhalts der Arten geführt. Thomas M. Klotz beleuchtet in seinem Beitrag nicht nur die Hintergründe des Volksbegehrens, sondern auch seine Ziele und Folgen und warum es letztendlich so erfolgreich sein konnte. Es wurden auf alle Fälle politische und gesellschaftliche Veränderungen angestoßen, bayernweit und auch darüber hinaus. So läuft beispielsweise in Brandenburg seit April eine von Umweltschutzverbänden vorbereitete Volksinitiative, die eine ähnliche Zielsetzung hat. Ein von der Bundesregierung initiiertes Aktionsprogramm zum Insektenschutz befindet sich noch in der Ressortab-

stimmung zwischen den beteiligten Ministerien.

Ein weiteres ganz massives und existenzielles Problem stellt die zunehmende Vermüllung unseres Planeten dar. Wir ersticken mittlerweile im Plastik, das unsere Wegwerfgesellschaft im Übermaß produziert: Coffe to go im Einwegbecher, Plastiktüten beim Einkauf, überall Kunststoffverpackungen. Jedes Jahr werden weltweit 348 Millionen Tonnen Kunststoff produziert, das meiste davon für Einwegverpackungen. Allein wir Europäer erzeugen jedes Jahr 25 Millionen Kunststoffabfälle. Das Plastik selber, aber auch seine Rückstände in Form von Mikropartikeln sind schädlich für Mensch, Tier und Umwelt.* Wir müssen also unbedingt wegkommen von dieser Wegwerfhaltung. Darauf setzt auch die vom Europäischen Parlament beschlossene Plastikstrategie mit ihrem Aktionsplan. Den Weg von der Wegwerf- in die Kreislaufwirtschaft erklärt die Klimaschutzbeauftragte der Bundesregierung, Anja

Weisgerber, in ihrem Beitrag eindrücklich. Ihr Appell: Wir müssen dringendst noch mehr und vehementer Abfall vermeiden und recyceln. Dies sollte aber nicht ausschließlich über Verbote erfolgen. Anreize und Aufklärung können auch ein Umdenken und mehr Verantwortungsbewusstsein bewirken, was auch Teil der EU-Plastikstrategie ist.

Der massiv gestiegene CO₂-AUSSTOß ist der Hauptverursacher des Treibhauseffektes.

Umweltpolitik funktioniert nur mit den Menschen und gemeinsam. Und das bedeutet für Anja Weisgerber auch, über Deutschland und Europa hinaus tätig zu werden. Entwicklungshilfe inkludiert für sie auch Umwelt- und Klimaschutz. Hier Unterstützung und Hilfe zu geben, bedeutet schlussendlich ja auch einen Gewinn für alle, so wie die Klima- und Umweltprobleme, das „Fieber der Erde“, uns auch alle weltweit betreffen.

Aber warum hat unser blauer Planet überhaupt Fieber bekommen? Vor allem das massive Verbrennen fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas macht die Erde zum Treibhaus. Die Prognose der führenden Klimaexperten dazu: Wenn die Industrie- und Schwellenländer ihren Treibhausgasausstoß nicht drastisch senken, könnte die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis zum Ende des Jahrhunderts um weitere vier Grad ansteigen.

Ganz aktuell steht daher die CO₂-Bepreisung als effektives Instrument für den Klimaschutz zur Diskussion. Der Klimapolitikexperte Dennis Tänzler nimmt in seinem Beitrag Stellung dazu. Er analysiert die Klimapolitik im Jahr 2019 vorwiegend unter markt- und volkswirtschaftlichen – Stichwort CO₂-Bepreisung – sowie sicherheitspolitischen Aspekten. Gerade auf Letzteres macht er eindringlich aufmerksam, denn der Klimawandel bringt auch eine Verschärfung internationaler Krisenherde mit sich und sollte daher entsprechend Eingang in das außenpolitische Konzept finden. Deutschland muss innenpolitisch regulierend handeln, ist aber jetzt auch gefordert, mit einem präventiv ausgerichteten Konzept außenpolitisch seinem klimapolitischen Führungsanspruch gerecht zu werden. Tänzler beurteilt die derzeitige Lage abschließend so: „Die Klimapolitik in Deutschland versucht derzeit, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen, weitgreifende Maßnahmen für eine Dekarbonisierung des Landes zu beschließen und dabei die Kosten sozial gerecht zu verteilen. International würde man die Rückkehr zu einer ambitionierten Klimapolitik Deutschlands ebenso begrüßen wie sein fortwährendes außenpolitisches Engagement, den Klimawandel nicht zum Krisen- und Konfliktverstärker werden zu lassen.“

Jeder ist zu NACHHALTIGEM Handeln aufgerufen.

Der Vorsitzende des Weltklimarats IPCC, Hoesung Lee, betonte bei der Präsentation des aktuellen Berichtes zur Weltklimalage am 8. August 2019: „Ich hoffe, dass wir die Aufmerksamkeit der Menschen für die Gefahren und Herausforderungen erhöhen können, die der Klimawandel für das Land bereithält, in dem wir leben und das uns ernährt.“ Es steht aber nicht nur das Land, also die Politik, in der Verantwortung und ist zum Handeln aufgefordert, sondern auch die Gesellschaft und damit jeder Einzelne. Und das Handeln fängt schon im vermeintlich Kleinen mit jedem nicht benutzten Coffe to go-Becher und dem Einkaufskorb statt Plastiktüte an ... Es gibt keinen Planeten B. Das sollte und dürfte mittlerweile jedem klar sein. ///



/// VERENA HAUSNER
ist Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkung

* Siehe dazu auch: Fakten zur europäischen Strategie gegen Plastikmüll, Argumentation Kompakt 2/2019, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2019

/// Rettet die Bienen

... UND JETZT?

THOMAS M. KLOTZ /// Das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ war das erfolgreichste Plebiszit in der Geschichte des Freistaates. Beseelt vom Motto „Rettet die Bienen“ unterschrieben über 1,7 Millionen Bayern für die Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes. Aber nach dem Runden Tisch wurde klar: Es sind alle gefordert, nicht nur die Landwirte.

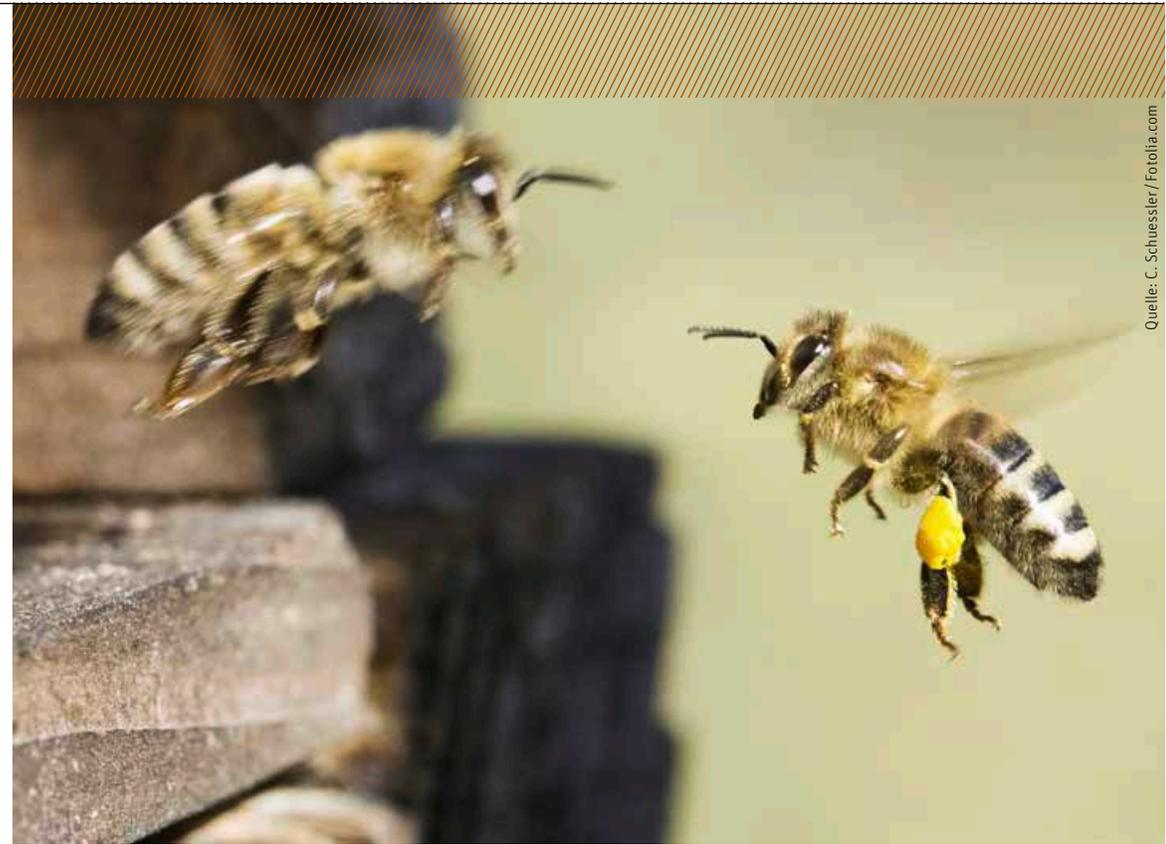
Warum es Bienen schlecht geht

Biene ist nicht gleich Biene. Es gibt in Deutschland über 500 verschiedene Wildbienenarten mit ganz unterschiedlichen Ansprüchen und Lebensräumen. So gibt es Bienen, die im Sand leben, welche die im Gemäuer leben, wie das Insekt des Jahres 2019, die Rostrote Mauerbiene, und andere, die im Boden nisten. Doch während beim Volksbegehren die Honigbiene als Symbol verwendet wurde, sind es vor allem Wildbienen-, Schmetterlings- und Schwebfliegenarten, die vor großen Herausforderungen stehen. Denn diese Insekten

sind zum Teil extrem spezialisiert auf bestimmte Pflanzenarten und haben im öffentlichen Diskurs kaum Interessensgruppen hinter sich. Anders ist es bei den Honigbienen. Allein aus wirtschaftlichem Interesse setzen sich die Imker für das Wohlergehen ihrer Honigproduzenten ein, beispielsweise über den Europäischen Berufsimkerverband e. V.

Und dennoch gibt es Herausforderungen, die sämtliche Bienen- und Insektenarten betreffen. Dazu zählen Habitatverluste und -fragmentierung durch Flächenverbrauch, Krankheitserreger und Parasiten, invasive Pflanzen- und Tierarten sowie Insektizide und der Klimawandel.¹ Eines der größten Probleme stellt der Flächenverbrauch durch Monokulturen und Bebauung dar. Auf brachliegenden Flächen und in Blühstreifen kann oftmals eine deutlich größere Artenvielfalt und Insektenmasse insgesamt nachgewiesen werden. Hierin finden Honig- und Wildbienen nicht

Der Verlust von Lebensraum betrifft vor allem die WILDBIENENARTEN.



Die Honigbiene als Sympathieträger und „Wappentier“ war ein genialer Schachzug für den Erfolg des Volksbegehrens. Ihre Botschaft: Hallo Mensch, es geht um mein Leben ... rette mich!

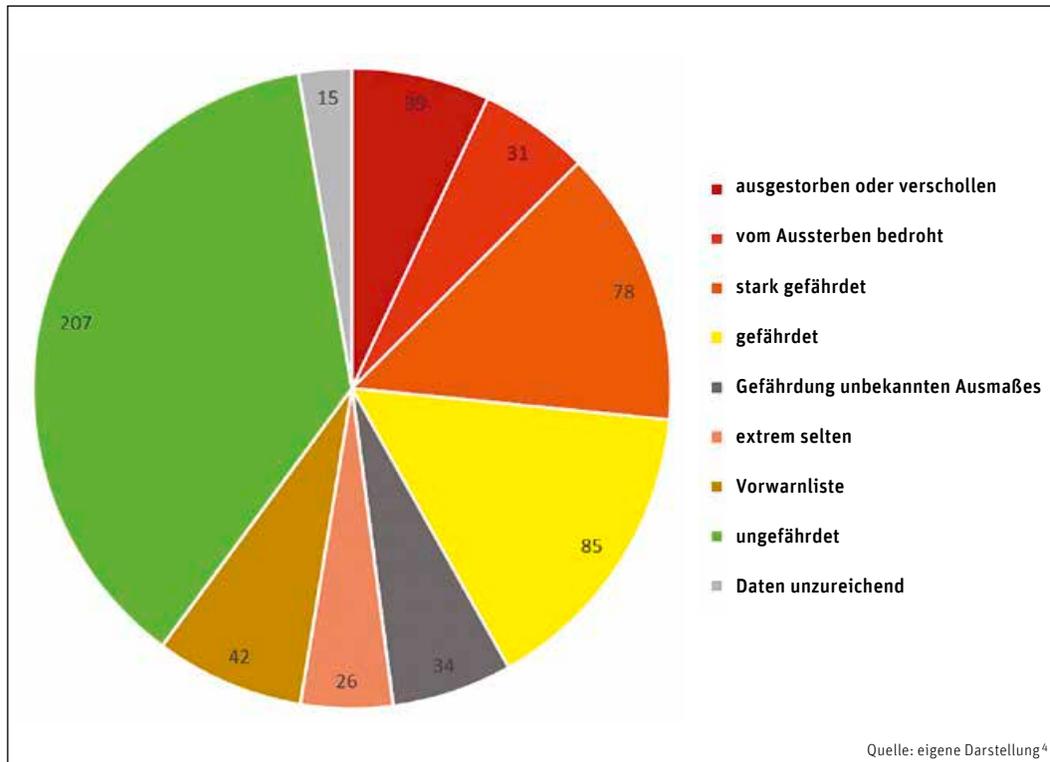
nur gute Nahrungsquellen, sondern auch einen geeigneten Rückzugsort für die Überwinterung und Brutaufzucht.² Mit zunehmender Urbanisierung und einer steigenden Zahl an Monokulturen werden den Bienen diese überlebenswichtigen Grundlagen sukzessive entzogen. Der zunehmende Habitatverlust betrifft insbesondere Wildbienenarten, die auf bestimmte Pflanzenarten spezialisiert sind und letztlich keine Nahrung mehr finden können. Die ausbleibende Bestäubung durch die spezialisierten Bienenarten können von anderen bestäubenden Insekten kaum aufgefangen werden.³

Die Rote Liste der Bienen in Deutschland des Bundesamtes für Naturschutz zeigt, dass tatsächlich ein großer Teil

der Wildbienenarten in ihrer Existenz gefährdet ist (siehe Diagramm S. 18). 39 von ihnen gelten inzwischen als ausgestorben oder verschollen, 31 sind direkt vom Aussterben bedroht. 163 der 557 bekannten Wildbienenarten in Deutschland gelten als stark gefährdet oder gefährdet. Lediglich bei 207 Arten sieht die staatlich beauftragte Studie keinen Anlass zur Sorge.

Das Diagramm verdeutlicht, dass lediglich weniger als die Hälfte der Wildbienenarten in Deutschland absolut ungefährdet sind. Somit erscheint der Slogan „Rettet die Bienen“ für die umweltpolitischen Weichenstellungen als angebracht. Betrachtet man aber das bayerische Volksbegehren, stand in erster Linie die Honigbiene im Mittelpunkt

Diagramm: Rote Liste der Bienen in Deutschland (absolute Zahlen)



des Diskurses – und das, obwohl sich die Anzahl der Honigbienenstöcke in Deutschland nach und nach wieder erhöht. Der Deutsche Imkerbund e. V. gibt an, dass es 1992 in Deutschland rund 1,2 Millionen Bienenstöcke gab. Nach und nach wurden weniger Bienen gehalten. Die Talsohle lag im Jahr 2008 bei rund 700.000 Bienenstöcken. Seither steigen die Zahlen der gehaltenen Bienenstöcke wieder. 2018 waren es gut 900.000 und somit in etwa so viele wie zu Beginn des 21. Jahrhunderts.⁵

Warum wurde also die Honigbiene zum Symbol für das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“? Es sind Marketinggründe. Policy

Changes leben von Symbolen, die bei Politik und Gesellschaft ein Umdenken einfordern sollen. Man denke an den Großen Panda, der das Logo des WWF (World Wide Fund for Nature) ziert, oder die Kampagne „Rettet die Wale“. Die Initiatoren und Unterstützer des Volksbegehrens in Bayern setzten ganz auf das positive Image, das den Bienen seit Jahrhunderten zugesprochen wird. Die Süddeutsche Zeitung schrieb über die Biene als Symbol: „Die Biene als Maskottchen auszuwählen für ein politisches Unternehmen, das weit über die Bienen hinaus Konsequenzen für Mensch und Tier hat, war ein kluges Manöver, ein positives Framing, wie Linguisten sagen.

Bienen retten – wer könnte da widerstehen! [...] Auch Tierschutz braucht Werbegesichter, die stellvertretend für weniger charismatische Tiere stehen. Bienen sind ideal: große Augen, flauschiger Pelz, ein soziales Image. In Massen gehaltene, fast blinde und nackte Puten haben dagegen auch deshalb kaum eine Chance auf Linderung, weil Menschen sie nicht süß finden. [...] Selbst wer gegen das Volksbegehren ist: Als Gegner der Biene wird er sich nicht outen.“⁶

Die Honigbiene transportiert **POSITIVE** Assoziationen.

Bienen waren zudem in Europa lange Zeit die einzigen Lieferanten für Süßungsmittel (Honig) und Leuchtmittel (Bienenwachs) und sind somit auch kulturell positiv im kollektiven Gedächtnis verankert. Auch die Kindersendung „Biene Maja“ hat wohl einen bedeutenden Anteil an der positiven Besetzung der Honigbienen.⁷

Um was ging es im Volksbegehren?

Das Volksbegehren sah tiefgreifende Veränderungen in der bayerischen Landwirtschaftspolitik vor. Dabei ging es nicht nur um den Flächenverbrauch, sondern um eine Vielzahl von Maßnahmen, die für die Biodiversität positive Auswirkungen zur Folge haben sollen.⁸

Der Naturschutz soll in der Gesellschaft verankert werden. Dies möchten die Initiatoren des Volksbegehrens dadurch erreichen, indem vermehrt in Aus-

und Weiterbildung über die Auswirkungen von Pestizideinsatz, Fruchtfolge und die Folgen des Stickstoffeintrags informiert wird. Darüber hinaus soll das Thema biologische Vielfalt jährlich in einem „Bericht zur Lage der Natur“ der Obersten Naturschutzbehörde publik gemacht werden. Ebenso sollen die Öffentlichkeit und der Landtag jährlich einen Statusbericht über die ökologisch genutzten landwirtschaftlichen Flächen erhalten.

Der ökologische Landbau soll ausgeweitet, der Pestizideinsatz deutlich verringert werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bis 2025 mindestens 20 % der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet werden sollen, bis 2030 sollen es sogar 30 % sein. Die Flächen in Staatseigentum sollen bereits ab 2020 so bewirtschaftet werden. 2019 wirtschafteten rund 10 % der Landwirte ökologisch. Das Bundeslandwirtschaftsministerium zählt zu den ökologisch bewirtschafteten Flächen auch extensiv genutzte Streuobstwiesen. Dieser Statistik nach werden in Bayern bereits 23 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet. Damit liegt Bayern deutlich vor allen anderen Bundesländern. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg sind es 13, in Niedersachsen gerade einmal 4 %.⁹

Indessen ist unklar, wie diese Forderung nach mehr ökologischem Landbau umgesetzt werden soll. Dem Volksbegehren zu Folge werden extensiv genutzte Streuobstwiesen mit einer Fläche von mehr als 2.500 Quadratmetern fortan als Biotop geführt, mit allen daraus folgenden Konsequenzen. Aus Angst davor, ihre Streuobstbestände nicht mehr so nutzen zu können wie bisher, haben einige Landwirte aus Protest gegen das Volksbegehren ihre Obstbaumbestände gefällt.¹⁰

Die Landwirtschaft muss sich insofern umstellen, als dass einige landschaftliche Umgestaltungen verboten werden. So dürfen fortan natürliche Totholzansammlungen, Kleingewässer, Hecken, Feldgehölze und vieles mehr nicht durch landwirtschaftliche Nutzung beeinträchtigt werden. Außerdem müssen die Landwirte ab 2020 mindestens 10 % ihrer Grünlandfläche bis zum 15. Juni des Jahres wachsen lassen.

Künstliche Beleuchtung im Außenbereich soll deutlich reduziert werden. Vor einer Aufstellung von Himmelstrahlern und Ähnlichem muss die Auswirkung auf die Insektenfauna überprüft werden.

Um einen besseren genetischen Austausch unter den in Biotopen lebenden Arten zu gewährleisten, muss der Freistaat Bayern bis 2023 einen Biotopverbund schaffen, der 10 % der Offenlandflächen beinhaltet. Bis 2027 soll dieser auf 13 % der Offenlandfläche ausgebaut werden.

Wer gegen wen?

Das Volksbegehren wurde von der ÖDP initiiert. Auch wenn diese Partei nicht im Landtag vertreten ist, sorgt sie immer wieder für Aufsehen durch ihre Volksbegehren, so auch beim Volksbegehren für echten Nichtraucherschutz 2010. Wie damals bekam die ÖDP auch beim Volksbegehren Artenvielfalt Unterstützung von der SPD und den Grünen. Aber

In der Politik war das Volksbegehren UMSTRITTEN.

auch die Bayernpartei unterstützte die Initiative, ebenso wie eine große Anzahl an Umweltschutzverbänden, Imkerverbänden und – zumeist ökologisch produzierenden – Unternehmen. In der CSU gab es Fürsprecher für das Volksbegehren, das Stimmungsbild innerhalb der Partei war indes überwiegend negativ. Die Freien Wähler stellten sich klar gegen das Volksbegehren. Die FDP zeigte sich insgesamt skeptisch, ebenso die AfD.

Nachdem das Volksbegehren bereits einige Tage vor Ablauf der Eintragsfrist die benötigte Anzahl an Unterschriften deutlich überschritt, war es an der Regierungskoalition aus CSU und Freie Wähler, mit dieser politischen Entscheidung der Bürger umzugehen. Es gab zwei Möglichkeiten: Entweder konnte es von der Parlamentsmehrheit so angenommen und somit Gesetz werden, oder aber die Landtagsmehrheit hätte sich gegen das Volksbegehren aussprechen können. Dann wäre es zu einem Volksentscheid zwischen dem Volksbegehren der ÖDP und einem Gegenentwurf der Staatsregierung gekommen. Nachdem die Parteien SPD und die Grünen bereits vorab bekannt gaben, dass sie keinen Entwurf mittragen würden, der nicht so weit ginge wie das Volksbegehren, galt es zu handeln.

Der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder initiierte daraufhin einen Runden Tisch unter dem Vorsitz des ehemaligen Landtagspräsidenten Alois Glück und überzeugte die CSU-Landtagsabgeordneten und die Mehrheit der Freien Wähler im Landtag, das Volksbegehren anzunehmen. Nichtsdestotrotz gibt es nach wie vor äußerst kritische Stimmen aus beiden Fraktionen. Der Bayerische Ministerpräsident befand sich in einer politischen Zwickmühle, denn ob ein Gegenentwurf der Staatsre-

gierung bei einem Volksentscheid eine Mehrheit bekommen hätte, war mehr als ungewiss. Wäre die Bayerische Staatsregierung mit einem solchen Entwurf gescheitert, hätte das zum einen ein schlechtes Bild in der Öffentlichkeit abgegeben, zum anderen – und das wäre weitaus gravierender für die Staatsregierung gewesen – wären nach einem positiven Volksentscheid für den ÖDP-Entwurf die Einflussmöglichkeiten gegen Null gegangen.

An dem Runden Tisch nahmen nicht nur Vertreter der Landtagsfraktionen, sondern auch Verbandsvertreter, unter anderem des Fischerei- und des Landesimkerverbandes sowie des Bayerischen Bauernverbandes teil. Deren Präsident, Walter Heidl, hatte sich im Vorfeld derart strikt gegen das Volksbegehren ausgesprochen, dass sein kompromissberechtigtes Auftreten beim Runden Tisch sowohl bei den Bauern als auch bei den Unterstützern des Volksbegehrens zu Irritationen führte.

Ministerpräsident SÖDER überzeugte die Gegner am Runden Tisch, das erfolgreiche Volksbegehren anzunehmen.

Nach mehreren Wochen Verhandlungen schien die Stimmung positiv, vor allem, weil mit dem „Versöhnungsgesetz“ ein Begleitgesetz verabschiedet werden sollte, womit bestimmte Sachverhalte wie beispielsweise die Walzzeiten (das Volksbegehren sieht vor, dass

nach dem 15. März nicht mehr gewalzt werden darf, in manchen Regionen Bayerns sind die Felder zu dieser Jahreszeit aber noch schneebedeckt) entschärft werden sollten. Die Opposition im Maximilianeum befürchtete deswegen allerdings eine Verwässerung des Volksbegehrens.¹¹ Mit einer großen Mehrheit von 167 Abgeordneten nahm der Bayerische Landtag Mitte Juli das Volksbegehren schließlich an. Fünf Abgeordnete enthielten sich, 25 stimmten dagegen – darunter die Fraktion der AfD sowie sechs Freie Wähler. In der CSU-Fraktion enthielten sich zwei Mandatsträger. Das Begleitgesetz, das zugleich verabschiedet wurde, fand eine Mehrheit von 152 Befürwortern.

Wie geht es weiter?

Das Volksbegehren wird nicht zuletzt wegen der großen Zustimmung der Bevölkerung einen Politikwandel nach sich ziehen. Die Themen Artenschutz, Flächenverbrauch und Landwirtschaft werden in der öffentlichen Diskussion eine noch bedeutendere Rolle einnehmen. Im Folgenden werden einige Themen skizziert, wie das Volksbegehren auf Politik, Landwirtschaft und Gesellschaft wirken könnte.

These 1: Die Umsetzung des Volksbegehrens wird weiter Thema in der Öffentlichkeit sein.

Der Gesetzestext des Volksbegehrens und das Begleitgesetz sind nun in Kraft, strittige Punkte weitgehend ausgeräumt. Die Unterstützer des Volksbegehrens werden darauf achten, dass tatsächlich das umgesetzt wird, was darin formuliert wurde. Weiterhin werden die Interessensverbände versuchen, die Landwirtschaftspolitik zu beeinflussen. Bauernpräsident Heidl hat nach dem Land-

tagsbeschluss verlauten lassen, dass er mit dem Ergebnis des Runden Tisches zufrieden sei, sich aber „weiterhin für einen Weg einsetzen [wird], der Bienen und Bauern gleichermaßen gerecht wird“. Ob des großen fraktionsübergreifenden Konsenses zeigt sich die AfD skeptisch. Deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Ingo Hahn, kündigte eine Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof an.

These 2: Die Landwirtschaft wird sich schnell verändern müssen.

Die Landwirte werden in kurzer Zeit ihre Betriebsweise anpassen müssen. Ein Teil der Betriebe, insbesondere der kleineren, wird sich nicht in der Lage sehen, die zusätzlichen Anforderungen zu erfüllen, und gegebenenfalls ihre Landwirtschaft aufgeben oder auf alternative Modelle wie Ferien auf dem Bauernhof oder Solarstromerzeugung umstellen. Das Gleiche gilt für die Bewirtschaftung von staatseigenen Flächen.

These 3: Das Volksbegehren wird von anderen Politikern zum Vorbild genommen werden.

Aufgrund des riesigen Erfolges in Bayern gibt es inzwischen in mehreren Bundesländern Initiativen, die ein ähnliches Volksbegehren starten wollen, beispielsweise in Hessen. In Baden-Württemberg erhielt die Initiative „Rettet die Bienen“ 36.000 Unterschriften von Unterstützern. Das Volksbegehren dort geht in seinen Forderungen teilweise weit über den bayerischen Entwurf hinaus, so wird beispielsweise 50% Ökolandbau auf Agrarflächen bis 2035 gefordert. Die wohl umstrittenste Forderung des dortigen Volksbegehrens ist jedoch das Verbot von Pestiziden in Naturschutzgebieten, weil ein großer An-

teil der Obst- und Weinanbaugebieten am Bodensee in Schutzzonen liegt. Indes hat die baden-württembergische Landesregierung beschlossen, dass bis 2030 der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln um bis zu 40% gesenkt werden soll.

Die Initiative hat bereits NACHAHMER gefunden, z. B. in Baden-Württemberg und Hessen.

Auch der oberösterreichische Landesrat für Umwelt, Rudi Anschöber (Die Grünen), hat ein Auge auf den Erfolg des Volksbegehrens in Bayern geworfen und eine österreichweite Petition gestartet. Unter dem Titel „Rettet die Bienen. Petition für den Schutz von Böden und Artenvielfalt“ übernimmt die Initiative einige Forderungen des bayerischen Volksbegehrens, wenn auch in weiten Teilen weitaus weniger konkret. So wird beispielsweise gefordert, dass Landwirtschaft extensiver betrieben und der Flächenverbrauch in Österreich auf maximal 2,5 Hektar pro Tag reduziert werden solle. Bei all den geplanten und gestarteten Initiativen wird die Honigbiene als Symbolfigur eine zentrale Rolle spielen.

These 4: Die Parteien werden für ihre Konzepte kämpfen müssen.

Das Thema Artenschutz im Zusammenhang mit der Landwirtschaftspolitik ist für die kommenden Monate und Jahre gesetzt. Die Parteien werden sich darum

bemühen müssen, eigene Konzepte vorzustellen, um sich von politischen Konkurrenten abzugrenzen. Die Diskussion innerhalb der Gesellschaft wird weiter kontrovers geführt werden. Zunehmend werden auch die privaten Flächen wie beispielsweise Gärten in den Fokus rücken, was im Volksbegehren nicht der Fall war. Zudem werden weitere Politikfelder, wie etwa die Bau- und Verkehrspolitik, vom Thema Artenschutz beeinflusst werden.

Derzeit sieht es danach aus, dass vor allem die Grünen von der Unterstützung des Volksbegehrens profitieren. Anders bei der ÖDP: Obwohl sie Hauptinitiator war, scheint sie kaum politisches Kapital daraus schlagen zu können. Die CSU wird derzeit als Partei gesehen, die nicht zuletzt aufgrund der Einberufung des Runden Tisches versucht, die Interessensgruppen zu versöhnen, was die einen als Integrationsleistung, die anderen hingegen als Spagat der Beliebigkeit sehen. Die Freien Wähler haben sich klar auf die Seite derjenigen Landwirte gestellt, die gegen das Volksbegehren waren. Die SPD scheint nicht davon profitieren zu können, dass sie dem Unterstützerkreis angehört.

These 5: Die Gesellschaft wird sich verändern müssen.

Die Forderung nach mehr ökologischer Landwirtschaft setzt voraus, dass die Konsumenten künftig auch mehr Bio-Produkte aus Bayern erwerben, um das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu wahren und somit das Überleben der Landwirte sicherzustellen. Ein Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe äußerte sich in der Diskussion dazu bereit, so zu produzieren, wie es die Verbraucher wünschen – aber

unter der Prämisse, dass die ökologisch produzierten Lebensmittel dann auch gekauft werden. Derzeit ist es so, dass der Marktanteil der heimischen Bio-Produkte sehr gering ist. Manche Bio-Bauern finden keine Molkereien, die ihre ökologisch produzierte Milch abnehmen, weil die Nachfrage danach zu gering ist.

Das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit“ hat politische und gesellschaftliche AUSWIRKUNGEN.

Mit dem Slogan „Rettet die Bienen“ wurde das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit“ in Bayern zum erfolgreichsten Plebiszit in der bayerischen Geschichte. Und es wird auch dasjenige Volksbegehren sein, welches bis dato die größten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen mit sich bringen wird. ///



**/// THOMAS M. KLOTZ,
DIPL. SC. POL. UNIV.**

ist Doktorand am Lehrstuhl für Umwelt- und Klimapolitik der TUM School of Governance München, Hobby-Imker und Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung. In seiner Dissertation befasst er sich mit der „Bienenpolitik im Alpenraum“ und beleuchtet darin politische Initiativen zum Schutz der Bienen und Biodiversität.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Grünewald, Bernd: Is Pollination at Risk? Current Threats to and Conservation of Bees, in: *GAIA*, 19(1)/2010, S. 61-67.
- ² Decourtye, Axel / Mader, Eric / Desneux, Nicolas: Landscape enhancement of floral resources for honey bees in agro-ecosystems, in: *Apidologie* 41(3)/2010, S. 264-277; Gleiciani, Patricio-Roberto / Campos, Maria: Aspects of Landscape and Pollinators – What is Important to Bee Conservation?, in: *Diversity*, 6(1)/2014, S. 158-175.
- ³ Steffan-Dewenter, Ingolf / Westphal, Catrin: The interplay of pollinator diversity, pollination services and landscape change, in: *Journal of Applied Ecology* 45(3)/2008, S. 737-741; La Rúa, Pilar / u. a.: Biodiversity, conservation and current threats to European honeybees, in: *Apidologie*, 40(3)/2009, S. 263-284.
- ⁴ Daten von Westrich, Paul / u. a.: Rote Liste und Gesamtartenliste der Bienen (Hymenoptera, Apidae) Deutschlands, in: *Naturschutz und biologische Vielfalt*, 70(3)/2011, S. 403.
- ⁵ https://deutscherimkerbund.de/161-Imkerei_in_Deutschland_Zahlen_Daten_Fakten; Stand: 9.7.2019.
- ⁶ Janker, Karin: Die Biene®, in: *Süddeutsche Zeitung*, 9.2.2019, S. 4.
- ⁷ Fenske, Michaela: Zeichentrickfiguren als Retter?, in: *Menschen und Bienen*, hrsg. von Stephan Lorenz und Kerstin Stark, München 2015, S. 61-72.
- ⁸ <https://volksbegehren-artenvielfalt.de/wp-content/uploads/2018/06/Antrag-auf-Zulassung-des-Volksbegehrens-Artenvielfalt.pdf>; Stand: 14.7.2019.
- ⁹ <https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/achte-oekobauer-554715>; Stand: 14.7.2019.
- ¹⁰ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/volksbegehren-artenvielfalt-biotop-baumfaellen-1.4445780>; Stand: 14.7.2019.
- ¹¹ <https://www.sueddeutsche.de/bayern/volksbegehren-artenvielfalt-bayern-streit-umsetzung-1.4511546>; Stand: 14.7.2019.

/// Die Vermüllung unseres Planeten stoppen

DER WEG IN DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT

ANJA WEISGERBER /// Jedes Jahr werden weltweit 348 Millionen Tonnen Kunststoff produziert.¹ Ein großer Teil davon sind Einwegverpackungen. Große Mengen dieser Plastikabfälle landen jedes Jahr in den Ozeanen. Das muss sich ändern. Mit der vom Europäischen Parlament beschlossenen Plastikstrategie und dem Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft kann die Kehrtwende gelingen.

Plastik ist allüberall

In Europa fielen im Jahr 2016 27,1 Millionen Tonnen Kunststoffabfall an. Davon wurden etwa 7 Millionen Tonnen deponiert und rund 20 Millionen zurückgewonnen.² Damit kommt Europa eine Vorreiterrolle zu. Vor allem viele asiatische Staaten haben jedoch mit großen Mengen an schlecht entsorgtem Plastik zu kämpfen – mit massiven Folgen für die Umwelt weltweit. Denn wird Plastikmüll nicht ordnungsgemäß entsorgt oder recycelt, gelangt er vor allem durch Flüsse in die Ozeane. Allein im Pazifik, zwischen Kalifornien und Hawaii, hat sich in den vergangenen Jahren

der „Great Pacific Garbage Patch“ gebildet. Auf einer Fläche von rund 1,6 Millionen Quadratkilometern treiben alleine dort geschätzt bis zu 129.000 Tonnen Plastik im Meer.³ Auch in europäischen Gewässern ist immer mehr Kunststoffabfall zu finden.

Plastikmüll in den GEWÄSSERN ist ein weltweites Problem.



Quelle: Romolo Tavani/Stockphoto

Ein Meer aus Kunststoff – nicht nur die Ozeane vermüllen zunehmend und ersticken buchstäblich im Plastik.

So gut wie jedes Unternehmen nutzt Kunststoffe im Herstellungsprozess, verarbeitet diese in seinen Produkten oder deren Verpackung. Kunststoffe haben viele Vorteile: Sie sind vielseitig verwendbar, leicht, vergleichsweise günstig und besonders langlebig, werden aber häufig nur einmal genutzt und dann entsorgt. Und genau hier liegt eines der zentralen Probleme: Plastik kann von der Natur nicht abgebaut werden. Im Meer wird Plastik von Wind und Wellen langsam zermahlen. Bei einer Plastiktüte dauert dies bis zu 20 Jahre, bei einem Becher bis zu 50 und bei einer Kunststoffflasche mitunter 450 Jahre.⁴ Damit ist das Plastik jedoch nicht verschwunden. Die verbleibenden Mikropartikel gelangen beispielsweise über Fische in die Nahrungskette und

stellen so eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar.

Eine aktuelle Studie der University of Newcastle in Australien im Auftrag des WWF hat ergeben, dass jeder Mensch pro Woche rund fünf Gramm Mikroplastik zu sich nimmt – über das Wasser, die Luft und die Nahrung. Das entspricht etwa dem Gewicht einer Kreditkarte. Es besteht also dringend politischer Handlungsbedarf.

Maßnahmen der EU

Um der Verschmutzung unserer Ökosysteme durch Plastik entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission Anfang 2018 eine „Europäische Strategie für Kunststoffe“ vorgelegt. Im April 2019 hat das Europäische Parlament die sogenannte Plastikstrategie beschlos-

sen. Im Fokus der öffentlichen Diskussion stand dabei vor allem das Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik wie Einweggeschirr oder Strohhalme, welches ab 2021 greifen wird. Für diese Einwegkunststoffe gibt es bereits heute umweltfreundliche Alternativen aus Holz, Mais, Zuckerrohr, Bambus oder Palmblatt. Auch die Verwendung von Mikroplastik, welches besonders häufig in Kosmetika wie Peelingsubstanzen zum Einsatz kommt und darüber ins Abwasser gelangt, soll reduziert werden. Deutschland kommt auf europäischer Ebene in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle zu. Im Rahmen eines Dialogs zwischen dem Bundesumweltministerium und Kosmetikherstellern wurde bereits vereinbart, dass der Einsatz von Mikroplastik in Kosmetika so schnell wie möglich, spätestens aber bis 2020 beendet werden soll.

Die Bundesregierung plant, sich auch auf europäischer Ebene nicht nur für eine Reduzierung der Verwendung von Mikroplastik, sondern für ein generelles Verbot einzusetzen. Dazu wurde zunächst ein umfangreiches Forschungsprogramm zur Klärung der noch offenen Fragen rund um Kunststoff in der Umwelt eingerichtet. Dabei geht es auch um weitere Mikroplastikquellen wie zum Beispiel aus Reifenabrieb, gegen die geeignete Maßnahmen festzulegen sind.

Über das Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik und die Reduzierung der Verwendung von Mikroplastik hinaus sieht die Strategie der EU noch deutlich weitergehende Maßnahmen vor: Ab dem Jahr 2030 sollen alle Kunststoffverpackungen in der Europäischen Union recyclingfähig sein. Ziel ist, die Abfallmengen zu reduzieren und zu vermeiden, dass Materialien achtlos weggeworfen, verbrannt oder auf Deponien

gelagert werden, obwohl sie recycelt werden können. Die geringe Verwendung von recycelten Kunststoffen lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass Hersteller und Produzenten befürchten, dass recycelte Kunststoffe nicht ausreichend verfügbar sind und zudem nicht die nötige Qualität aufweisen. Daher sind auch Verpackungshersteller bei der Umsetzung der Plastikstrategie gefordert. Sie müssen nachhaltiger und kreislauforientierter arbeiten. Dazu muss die Politik Anreize für Innovationen und neue, intelligente Lösungen schaffen und diese belohnen.

Ziel ist die alleinige Verwendung von RECYCLINGFÄHIGEN Kunststoffverpackungen europaweit ab 2030.

Die Politik muss klare Anreize schaffen

Dabei muss es um tatsächliche Anreize gehen, nicht ausschließlich um Verbote. Die Kunststoffindustrie ist für die europäische Wirtschaft von nicht unerheblicher Bedeutung. Sie beschäftigt 1,5 Millionen Menschen und erzielte 2017 einen Umsatz von 350 Milliarden Euro.⁵ In Deutschland setzte die Plastikbranche laut Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) im Jahr 2017 insgesamt 63,7 Milliarden Euro um.⁶ Dies ist ein im Rahmen der umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen nicht zu vernachlässigender Faktor. Mit der Verbesserung der Nachhaltigkeit können jedoch neue Chancen für

Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen eröffnet werden.

Die Bundesregierung hat mit dem Verpackungsgesetz, welches Anfang 2019 die Verpackungsverordnung abgelöst hat, in diesem Zusammenhang bereits Wichtiges in die Wege geleitet. So werden die dualen Systeme verpflichtet, ökologische Kriterien bei der Bemessung ihrer Lizenzentgelte zu berücksichtigen, ein wichtiger Anreiz für die Verbesserung der Nachhaltigkeit. Weniger zahlt, wer Verpackungen verwendet, die gut recycelt werden können, die recyceltes Material oder nachwachsende Rohstoffe enthalten.

Im Zuge des neuen Verpackungsgesetzes wurde auch ein Verpackungsregister eingeführt. Damit wird sichergestellt, dass für alle tatsächlich angefallenen Verpackungsabfälle auch Lizenzentgelte an die dualen Systeme gezahlt werden. Egal, auf welchem Wege diese letztlich entsorgt werden. Somit trägt jeder Hersteller auch tatsächlich die Kosten der Entsorgung seiner Verpackung. Auch der Onlinehandel, dessen Verpackungen bislang durch die dualen Systeme gesammelt und recycelt wurden, muss sich so zukünftig an der Finanzierung der Entsorgung beteiligen. Auf diese Weise gibt es nicht nur mehr Kostengerechtigkeit, sondern auch die Umwelt profitiert. Es werden Anreize geschaffen, Verpackungsmaterial einzusparen bzw. umweltfreundlich zu gestalten.

Recyclingvorreiter Deutschland

Die Recyclingquote für Kunststoffverpackungen soll in Deutschland bis 2022 von bislang 36% auf 63% erhöht werden. Damit wird die Quote über den von der EU-Verpackungsrichtlinie vorgege-

benen Zielen von 50% im Jahr 2025 und 55% ab 2030 liegen. Damit werden weniger Kunststoffe verbrannt und mehr recycelt. Eine Deponierung von Kunststoffen ist in Deutschland ohnehin seit 2005 nicht mehr vorgesehen. Mit den Vorgaben aus dem Verpackungsgesetz wird sich die Menge an recycelten Kunststoffverpackungen etwa verdoppeln. Die Entsorgungswirtschaft hat bereits in zusätzliche Sortier- und Recyclinganlagen investiert. Deutschland ist hier auf einem guten Weg.

Europa auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft

Dem Recycling von Kunststoffen kommt im Rahmen des von der Europäischen Union und der Bundesregierung gleichermaßen angestrebten Systems der Kreislaufwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Aber nicht nur der material-spezifische Lebenszyklus von Plastikprodukten und deren kreislauforientierte Produktgestaltung sowie die vermehrte Verwendung von Kunststoffzyklaten stehen in diesem Zusammenhang im Fokus. Das System sieht Weitergehendes vor: Die Kreislaufwirtschaft ist ein System, bei dem der Wert von Produkten, Materialien und vor allem der, der Natur entnommenen Ressourcen in der Wirtschaft so lange wie möglich erhalten bleiben soll – ein klarer Gegensatz zur bislang vorherrschenden Linearwirtschaft, auch Wegwerfwirtschaft genannt. Durch Wiederverwendung, Reparatur, Aufarbeitung und Recycling soll der Lebenszyklus der Produkte verlängert werden. Gleichzeitig bedeutet dies, dass Abfälle auf ein Minimum reduziert werden, denn auch, nachdem ein Produkt das Ende seiner Lebensdauer erreicht hat, bleiben die Ressourcen soweit möglich in der Wirt-

schaft. Die Wiederverwendung gebrauchter Produkte und Materialien wie auch der längere Gebrauch und die intensivere Nutzung von Konsum- und Industriegütern sind dabei ein essenzieller Teil des Systems.

Wir müssen von Wegwerfwirtschaft auf KREISLAUFWIRTSCHAFT umstellen.

Begrenzte Verfügbarkeit vieler Ressourcen

Nicht nur im Hinblick auf die Vermeidung von Abfall ist dies von Bedeutung, auch die steigende Nachfrage nach Rohstoffen sowie die Ressourcenknappheit machen die Kreislaufwirtschaft zu einer Notwendigkeit. Viele wichtige Rohstoffe wie zum Beispiel seltene Erden oder Edelmetalle sind nur begrenzt verfügbar. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach ihnen. Auch die Gewinnung dieser Rohstoffe hat häufig erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt, da diese mit einem erhöhten Energieverbrauch und CO₂-Emissionen einhergeht. Mit einer intelligenteren Nutzung dieser Ressourcen wird nicht nur Abfall vermieden, sondern werden auch die CO₂-Emissionen gesenkt.

Um das System der Kreislaufwirtschaft umzusetzen, hat die Europäische Union bereits 2008 die EU-Abfallrahmenrichtlinie aktualisiert. Im Jahr 2015 legte die Kommission einen Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft vor und erließ 2018 mit einem weiteren Verordnungspaket neue Regeln für die Abfall-

wirtschaft. Dabei gilt die novellierte Abfallrahmenrichtlinie als Grundlage. Des Weiteren umfasst das Paket die Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle sowie die Richtlinie über Elektro- und Elektroaltgeräte. Mit diesem Paket werden nicht nur neue Vorgaben zum Recycling sowie zur Reduktion deponierbarer Abfälle gemacht, es gelten zukünftig auch neue und strengere europaweite Anforderungen an die Herstellerverantwortung für Produktion, Produktrücklauf, -trennung und -aufbereitung.

Vorteile für Verbraucher und Wirtschaft

Neben der Schonung von Ressourcen und der Vermeidung von Müll profitieren in einem solchen System auch unmittelbar die Verbraucher. Produkte sollen langlebiger und innovativer werden. Damit können Kosten gespart und die Lebensqualität erhöht werden. Auch für Unternehmen bringt das System der Kreislaufwirtschaft nicht nur Verpflichtungen. Es ist davon auszugehen, dass durch Wiederverwendung, Abfallvermeidung, Ökodesign und weitere ähnliche Maßnahmen Unternehmen in der EU von jährlichen Nettoeinsparungen in Milliardenhöhe profitieren.⁷ Auch die europäische Ökodesign-Richtlinie macht anspruchsvolle Vorgaben für Materialeffizienz, Recyclingfähigkeit und Reparierbarkeit.

Grundlage für die Kreislaufwirtschaft ist in Deutschland das Kreislaufwirtschaftsgesetz, welches am 1. Juni 2012 in Kraft trat und die Vorgaben des europäischen Abfallrechts umsetzt. Den Kern des Gesetzes bildet eine fünfstufige Abfallhierarchie von Abfallvermeidung, Wiederverwertung, Recycling sowie der energetischen Verwertung von

Abfällen bis hin zur Abfallbeseitigung durch die Abgabe an die Umwelt unter Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte. Vorrang hat dabei die jeweils beste Option aus Sicht des Umweltschutzes. Klar ist, dass die Kreislaufwirtschaft konsequent auf die Abfallvermeidung und das Recycling ausgerichtet ist.

Grundlage für die Kreislaufwirtschaft ist das **KREISLAUFWIRTSCHAFTSGESETZ** von 2012.

Verantwortung der Hersteller

Auf die für Deutschland vorgesehenen Recyclingquoten wurde bereits eingegangen. Im Rahmen der Abfallvermeidung wie in der gesamten Abfallwirtschaft kommt der Produktverantwortung eine große Bedeutung zu. Diese ist, wie bereits erwähnt, auch im europäischen Recht verankert. Hersteller sind gemäß den Vorgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz auch dann noch in der Pflicht, wenn aus ihren Produkten Abfall wird. Dies bezieht sich vor allem auf die Rücknahme und Verwertung. Eine umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung soll damit sichergestellt werden. Gleichzeitig sollen aber auch Anreize geschaffen werden, Abfälle schon bei der Herstellung von Produkten zu vermeiden. Konkrete Vorgaben für bestimmte Produkte werden durch gesonderte Gesetze oder Verordnungen gemacht. Darunter fallen unter anderem das Elektro- und Elektronikgerätege-

setz, das Batteriangesetz, aber auch das Verpackungsgesetz.

Sämtliche getroffenen Maßnahmen leben jedoch nicht ausschließlich von der Verantwortung der Hersteller. Auch die Verbraucher sind angehalten, zum Beispiel durch die Rückgabe von leeren Batterien bei entsprechenden Sammelstellen, einen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Kreislaufwirtschaft zu leisten. Der Handel wiederum ist verpflichtet, Altbatterien unentgeltlich zurückzunehmen und entsprechende Sammelboxen bereitzustellen. Die Batteriehersteller sind ihrerseits verantwortlich für die umweltverträgliche Verwertung der gesammelten leeren Batterien.

Nur mit der Verantwortung der Unternehmen und der Unterstützung der Verbraucher – der Bürger – lässt sich die europäische wie auch die bundesdeutsche Politik zur Herstellung der Kreislaufwirtschaft erfolgreich umsetzen und die bereits gravierende und stetig zunehmende Vermüllung unseres Planeten stoppen. Es besteht hier weiterhin großer Handlungsbedarf.

Umweltschutz als Teil der Entwicklungshilfe

Bei allen richtigen und wirksamen Maßnahmen, die wir in diesem Zusammenhang in Deutschland und Europa treffen, dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass Umwelt- und Klimaschutz, dass das Verhindern der Vermüllung und Verschmutzung unserer Ökosysteme bereits heute stattfinden muss und nur mit internationalen Anstrengungen gelingen kann. Allein können wir die Umwelt nicht retten. Mit dem Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 strebt die Weltgemeinschaft zwar vor allem an, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf höchstens

2, möglichst aber unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Es werden jedoch auch Ziele und Maßnahmen im Bereich der Abfall- und Kreislaufwirtschaft formuliert. Schätzungen zufolge können die weltweiten Treibhausgasemissionen durch eine optimierte Abfallwirtschaft um etwa 10% bis 15% reduziert werden.⁸ Die deutsche Bundesregierung ist zudem offen für ein UN-Abkommen gegen Plastikmüll in den Weltmeeren. Internationale Vereinbarungen mit dieser Stoßrichtung gilt es zu unterstützen. Da Verhandlungen über solche internationalen Abkommen langwierig sind, braucht es aber parallel dazu weitere Anstrengungen.

Besondere Verantwortung Deutschlands

Deutschland kommt in diesem Zusammenhang ohnehin eine besondere Verantwortung zu. Mit einer entwickelten Industrie und einem im europäischen Maßstab überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Plastik fällt die Bundesrepublik ins Gewicht. Deutschland verfügt aber auch über modernste Sortier- und Recyclingtechnologien und kann und muss so die Potenziale der Plastikreduzierung nutzen. Auch international, über Europa hinaus, ist Deutschland in diesem Zusammenhang in der Verantwortung, denn vor allem für Entwicklungsländer stellt der Umwelt- und Klimaschutz eine besonders große Herausforderung dar. Diese Länder verfügen meist weder über die finanziellen Mittel noch über die entsprechenden modernen Technologien, um ihre Wirtschaft klimafreundlich zu gestalten und die Umwelt entsprechend schützen zu können. Im Ranking der Flüsse weltweit, die die größte Menge an Kunststoffmüll ins Meer spülen, waren

im Jahr 2017 zehn Flüsse in Afrika und Asien an der Spitze. Sie sind für rund 90% des Plastikeintrages in die Meere verantwortlich.⁹

ENTWICKLUNGSHILFE muss auch Umwelt- und Klimaschutz einbeziehen.

Ein Hauptfokus der deutschen Entwicklungshilfepolitik ist daher die Unterstützung der Partnerländer bei der Vermeidung von Abfall auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Weise sowie bei der Sammlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit andere Staaten dabei, Strategien und rechtliche Regelungen zu erarbeiten sowie entsprechende Strukturen aufzubauen. Außerdem fördert es die Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften. Zum Aufbau von Verwertungs- und Entsorgungsanlagen stellt es Finanzierungsinstrumente bereit. Auch über ein internationales Verbot von unsortiertem Plastikmüll gilt es zu diskutieren. Müll ist ein international gehandeltes Wirtschaftsgut. Jedoch wird dieser Müll nicht immer von legalen Importeuren ins Land gebracht. Häufig können die Firmen vor Ort den Müll nicht recyceln und dieser verschmutzt so die Landschaft und die Gewässer. Europa ist in der Verantwortung, seinen Plastikmüll selbst zu sortieren und selbst zu recyceln.

Umweltpolitik funktioniert nur mit den Menschen

Aktuell herrscht in der Gesellschaft eine gestiegene Sensibilität für Umweltfragen, die sich vor allem unter den jungen Menschen in der „Fridays For Future“-Bewegung zeigt. Der Politik wird oft vorgeworfen, zu weit weg vom täglichen Leben der Menschen zu sein. Mit den Anstrengungen in Sachen Umwelt- und Klimapolitik sind sowohl Berlin als auch Brüssel ganz nah an den Bürgern und ihren Interessen und nehmen diese ernst. Die Akzeptanz der Menschen für die zu treffenden Maßnahmen ist besonders in diesem Bereich Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik. Und die Menschen haben erkannt, dass jeder Einzelne ganz aktiv auch im Kleinen zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen kann und muss, auch, um die weitere Vermüllung unseres Planeten zu stoppen. Die EU-Vorgaben zum Plastiktütenverbrauch erfüllt Deutschland beispielsweise bereits jetzt mit weniger als 30 Tüten pro Kopf und Jahr. Große Mengen Plastikmüll werden jedoch weiterhin durch den Verbrauch von Einwegbechern für Kaffee und andere Heißgetränke produziert. 2,8 Milliarden solcher Einwegbecher verwenden die Deutschen pro Jahr. Dazu kommen noch die entsprechenden Einwegdeckel.¹⁰ Mit dem Verwenden von Mehrwegbechern oder auch der Einführung von Pfandsystemen dafür kann und

muss hier gegengesteuert werden. Über allen Bemühungen muss der Gedanke stehen, unseren Kindern eine gesunde und lebenswerte Welt zu hinterlassen. Das ist auch für die politischen Akteure Ziel und Ansporn zugleich. ///



Foto: Tobias Koch

/// DR. ANJA WEISGERBER, MDB
ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Beauftragte für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion, Obfrau im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin.

Anmerkungen

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167099/umfrage/weltproduktion-von-kunststoff-seit-1950/>, Stand: 1.7.2019.

² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/206843/umfrage/kunststoffabfallaufkommen-und-recycelte-menge-kunststoff-in-europa/>, Stand: 1.7.2019.

³ <https://www.nature.com/articles/s41598-018-22939-w>, Stand: 1.7.2019.

⁴ <https://www.initiative-mikroplastik.de/index.php/themen/zersetzungskinetik>, Stand: 1.7.2019.

⁵ <https://www.plasticseurope.org/de/newsroom/press-releases/pressemitteilungen-2018/plastics-facts-2018-erschieden>, Stand: 1.7.2019.

⁶ <http://www.gkv.de/de/service/presse/gkv-ascher-mittwochspressekonferenz-2018.html>, Stand: 1.7.2019.

⁷ https://www.fona.de/medien/pdf/Ressourceneffiziente_Kreislaufwirtschaft.pdf, Stand: 1.7.2019.

⁸ <http://www.bmz.de/de/themen/abfall/klimawan-del/index.html>, Stand: 1.7.2019.

⁹ https://www.ufz.de/index.php?de=36336&webc_pm=34/2017, Stand: 1.7.2019.

¹⁰ <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/mehrweg-statt-einweg-fuer-kaffee-co>, Stand: 1.7.2019.

JEDER kann und muss etwas tun, z. B. Mehrwegbecher nutzen.

/// Zwischen Notstand und Krisenbewältigung

KLIMAPOLITIK 2019

DENNIS TÄNZLER /// Der Klimawandel ist mehr denn je in Deutschland angekommen. Um angesichts von Krisen und Notständen dem eigenen klimapolitischen Führungsanspruch gerecht zu werden, bieten sich der Bundesregierung vor allem zwei Felder: Eine CO₂-Bepreisung kann das langfristige Ziel der Dekarbonisierung vorantreiben und eine präventive Klimaaußenpolitik die weitere Verschärfung internationaler Krisenherde vermeiden.

Einleitung

Das Politikfeld Klimapolitik ist im Jahr 2019 stark von Notständen und Krisen geprägt. Der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase nimmt nahezu ungebremst zu. Selbst Deutschland, lange Zeit ein klimapolitischer Musterschüler, wird seine selbst gesteckten Klimaziele für 2020 deutlich verfehlen. Jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse unterstreichen zudem, dass das unzureichende politische Handeln sich auch in einer Reihe von Klimawandelfolgen niederschlägt, die nicht erst in einigen Jahrzehnten, sondern bereits heute sichtbar werden, sei es das sehr viel schneller als prognostizierte Abschmelzen des Arktis-Eises oder die Perioden langanhaltender Trockenheit u. a. in Europa, die volkswirtschaftlich erhebliche Auswirkungen haben.

Der Klimawandel mit seinen **FOLGEN** ist bereits spürbar.

Der Klimawandel kommt in Deutschland an

Der Sommer 2018 kann als deutliche Wegmarke angesehen werden, was die Wahrnehmung von Klimafolgen auch in dieser Region angeht. Es war so heiß und trocken wie nie seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1781. Bereits die drei Jahre vorher zählen zu den wärmsten des Jahrhunderts. Verglichen mit dem vorindustriellen Niveau stieg die Durchschnittstemperatur in Deutsch-



Jeder muss seinen CO₂-
Fußabdruck minimieren,
um den klimaschädlichen
Treibhausgaseneffekt wirk-
sam zu bekämpfen.

Quelle: lavizzara/Fotolia.com

land um 1,37 Grad Celsius.¹ Nicht nur die extremen Wetterereignisse wie Dürren, Starkregen und Hochwasser führen zunehmend zu Krisenerscheinungen in verschiedenen Regionen Deutschlands. Auch die Geschwindigkeit, mit der die gegenwärtige Klimaerwärmung voranschreitet, überfordert die Anpassungsfähigkeit ganzer Ökosysteme, aber auch von wirtschaftlichen Zweigen wie der Landwirtschaft. Das Umweltbundesamt führt für Bayern beispielsweise als am stärksten betroffene Region die Alpen an. Hier führt eine überdurchschnittliche Erwärmung zu einer besonders hohen Auswirkung in den Bereichen biologische Vielfalt, Wasserwirtschaft, Bauwesen, Verkehr, Tourismus sowie Industrie und Gewerbe.²

Und die Betroffenen reagieren. Dem Beispiel des Club of Rome aus dem Dezember 2018 folgend, sieht sich eine zunehmende Anzahl an Städten genötigt, den Klimanotstand auszurufen. Konstanz war im Mai 2019 die erste und rund 30 Städte in Deutschland folgten bislang dem Beispiel, unter ihnen Aachen, Bochum, Erlangen, Heidelberg oder Kiel. In der Praxis kann der Notstand bedeuten, dass, wie in Konstanz, bei allen Entscheidungen der städtischen Behörden auch die Auswirkungen auf den Klimaschutz berücksichtigt werden müssen.

Mit „Fridays for Future“ hat sich seit 2018 eine wirkungsmächtige Jugendbewegung formiert, die wesentlich dafür eintritt, die Forderungen der Wissenschaft politisch entschlossen umzusetzen. Die gegenwärtige politische Diskussion zeigt, dass diese Signale angekommen sind. In verschiedenen Politikfeldern wird nach adäquaten Handlungsansätzen gesucht, um mit dem Krisenphänomen Klimawandel umzu-

gehen. Zwei Beispiele können die neue Diskussionsdynamik in der Politik anschaulich illustrieren: Die Debatte um die Einführung einer Kohlenstoffbepreisung, um marktwirtschaftlich einzuhegen, was bisher nicht eingehengt werden konnte, sowie die sich bereits seit gut zwölf Jahren vertiefende Erörterung außen- und sicherheitspolitischer Konsequenzen des Klimawandels.

„Fridays for Future“ hat neue
BEWEGUNG in die Debatte gebracht.

Fokus Marktwirtschaft: Kohlenstoff-Bepreisung in der Diskussion

Die Bepreisung von CO₂-Emissionen, insbesondere durch Steuern und Emissionshandelssysteme, gewinnt zunehmend als zentraler Bestandteil nationaler Treibhausgasminderungsstrategien an Bedeutung. Bereits heute werden rund 20 % der weltweiten Emissionen durch CO₂-Bepreisung adressiert³ und die Tendenz ist steigend. In der Regel werden Emissionsabgaben auf den Kraftstoffverbrauch des Verkehrssektors, in Gebäuden und in der Kleinindustrie erhoben, während Emissionshandelssysteme für die Stromerzeugung und die Großindustrie angewendet werden. In Europa werden beide Ansätze häufig kombiniert.

Die Bepreisung von CO₂-Emissionen wird von vielen Ökonomen und politischen Entscheidungsträgern als ein effektives Instrument für den Klimaschutz angesehen.⁴ Im Kern geht es darum, die ex-

ternen Kosten des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase zu internalisieren, indem der entstehende CO₂-Fußabdruck bezahlt werden muss bzw. Minderungsanreize etabliert werden. Die CO₂-Bepreisung bietet aber den Emittenten auch eigene Handlungsspielräume in der Minderung ihrer Emissionen. Je nach Umsetzung können zudem erhebliche Staatseinnahmen generiert werden, die zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten, für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Energieversorgung oder auch zum Ausgleich besonders betroffener und schutzbedürftiger Gruppen verwendet werden können. Die Debatte in Deutschland dreht sich auch stark um die Frage, wie dieser letztgenannte soziale Ausgleich organisiert werden könnte.

Der Blick in andere Länder zeigt Beispiele dafür, dass durch die CO₂-Bepreisung zusätzliche Kosten auf Unternehmen und Haushalte ein zentrales Motiv der politischen Diskussion werden können. In Australien, Frankreich oder in der kanadischen Provinz Ontario, wo eine CO₂-Bepreisung geplant war, hat eine starke Opposition dazu geführt, dass die Einführung blockiert oder aufgehoben wurde. Andererseits haben Länder wie die Schweiz und Schweden und auch die kanadische Provinz British Columbia eine CO₂-Bepreisung erfolgreich eingeführt und über lange Zeiträume hinweg beibehalten.

Was lässt sich daraus lernen? Die Schweiz zeigt anschaulich, wie Umwelt- und Sozialpolitik verknüpft werden können. Die CO₂-Abgabe ist als Lenkungsabgabe angelegt, deren Erträge an die Bevölkerung rückverteilt werden müssen. Hierfür wird die obligatorische Krankenversicherungsprämie genutzt. Seit 2010 fließen zwei Drittel der Einnahmen auf diese Weise anteilmäßig

an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurück. Der Rest geht zweckgebunden an ein Programm für energetische Gebäudesanierungen sowie in einen Fond zur Förderung emissionsarmer Technologien.

In einigen Ländern gibt es die CO₂-ABGABE bereits.

Mit Blick auf die deutsche Debatte zeigt sich ein vielfältiges, aber nicht grundsätzlich ablehnendes Bild. So kam der wissenschaftliche Dienst des Bundestags bereits 2018 zu der Einschätzung, dass die industrielle Seite eine Internationalisierung der Klimaschutzbemühungen anstrebt, wobei aber national isolierte Maßnahmen abgelehnt werden. Dies zeigt auch die Haltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie, der eine zentrale Rolle der G20-Länder bei einer Einführung sieht.⁵ Anders verhalten sich die Einschätzung und Empfehlungen im Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, der gleichzeitig die Notwendigkeit eines (sozial-)politischen Gestaltungsanspruchs festhält: „Die Kommission empfiehlt, die Einführung einer CO₂-Bepreisung mit Lenkungswirkung auch im Non-ETS-Bereich zu prüfen. Dies führt dazu, dass einerseits auch in diesen Sektoren zukünftig ein größerer Beitrag zum Klimaschutz zu erwarten ist und gleichzeitig ein Anreiz zur Nutzung der Flexibilitätspotenziale von Power-to-X-Anlagen geschaffen wird.“

Die CO₂-Bepreisung sollte sozialverträglich ausgestaltet sein.“⁶

Weitere Interessensverbände ordnen sich bei den Befürwortern ein. So fordert der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), „CO₂ Emissionen in allen Sektoren einen Preis zu geben“. Der BDEW betont die mögliche Rolle einer CO₂-Bepreisung in allen Bereichen als wichtigen Schritt für eine erfolgreiche Sektorkopplung und eine CO₂-Minderung im Wärme- und Verkehrsbereich.⁷ Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hat sich als Unterstützung einer CO₂-Bepreisung die soziale Entlastungsfunktion auf die Fahne geschrieben und ist für die Einführung, wenn sie mit Entlastungsmaßnahmen bei den Energiekosten privater Verbraucher im Strom- und Wärmesektor einhergeht. Entlang dieser Argumentationsstränge werden politische Kompromisslinien deutlich, die bei einer zeitigen Entscheidung für die Einführung von klimapolitischen Preisanreizsetzungen Leitplanken zur weiteren Dekarbonisierung Deutschlands und darüber hinaus darstellen könnten.

Fokus Sicherheitspolitik: Klimawandel als außenpolitische Priorität Deutschlands

In der internationalen Diskussion über den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung hat Deutschland bereits in der Vergangenheit eine prominente Rolle gespielt.⁸ Während der letzten nicht-permanenten Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen war es Deutschland im Juli 2011 gelungen, andere ständige Mitglieder wie China und Russland dazu zu bewegen, gemeinsam einstimmig ein sogenanntes Presidential Statement des Sicherheitsrates zu verabschieden. In diesem wird ausdrücklich

DEUTSCHLAND hat mehrfach auf die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels aufmerksam gemacht.

das Bedrohungspotenzial von Auswirkungen des Klimawandels auf Prozesse der Friedenskonsolidierung hervorgehoben und eine regelmäßige Berichterstattung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen als sinnvoll erachtet.

Auch im Rahmen der letzten G7 Präsidentschaft Deutschlands 2015 wurde diese außenpolitische Perspektive weiter gepflegt und die negativen Implikationen des Klimawandels auf sogenannte fragile Staaten zum Thema internationaler Politik gemacht. Der im Auftrag der G7-Außenminister erstellte unabhängige Bericht „A New Climate for Peace-Taking Action on Climate and Fragility Risks“ identifizierte sieben Klima-Fragilitätsrisiken, die eine ernstzunehmende Bedrohung für die Stabilität von Staaten und Gesellschaften darstellen können.⁹ Hierbei handelt es sich um ein vielfältiges Spektrum möglicher Krisen und Konflikte:

- Lokaler Ressourcenwettbewerb: Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen kann zu Instabilität und gewalttätigen Konflikten führen bzw. diese verschärfen, vor allem dort, wo effektive Mechanismen zur Konfliktlösung fehlen.
- Bedrohte Lebensgrundlagen und Migration: Der Klimawandel kann die Lebensgrundlagen vieler Bevölkerungsgruppen, die von klimasensib-

len natürlichen Ressourcen wie Wasser und fruchtbarer Boden, abhängig sind, bedrohen. Dies kann u. a. zu Migration und steigender Kriminalität beitragen, die wiederum staatliche und gesellschaftliche Stabilität beeinträchtigen können.

- Extreme Wetterereignisse und Katastrophen: Sie können die Vulnerabilität von Bevölkerungsgruppen sowie das Konfliktpotenzial erhöhen und damit eine Fragilität verschärfen.
- Schwankende Lebensmittelpreise: Klimainduzierte Nahrungsunsicherheit kann über schwankende Lebensmittelpreise hinaus oft auch fernab ursprünglicher Ernteausfälle wirksam werden und Proteste, Unruhen und lokale Konflikte befördern.
- Konkurrenz um Wasser: Probleme beim grenzüberschreitenden Wassermanagement sind häufig eine Ursache von Spannungen. Verschärfte Konkurrenz um Wasser aufgrund steigender Nachfrage und verminderter Wassermenge und -qualität erhöhen den Druck auf bestehende Konfliktlösungsmechanismen.
- Anstieg des Meeresspiegels und Küstenerosion: Steigende Meeresspiegel bedrohen tiefliegende Küstengebiete schon lange bevor diese komplett überflutet sind. Dies kann zu Instabilität, Vertreibung und Migration führen und darüber hinaus zu zunehmenden Streitigkeiten um Seegrenzen und Meeresressourcen.
- Unbeabsichtigte Folgen von Klimapolitiken: Wenn Anpassungs- und Klimaschutzpolitiken großflächig eingeführt werden, kann das Risiko unbeabsichtigter, negativer Effekte steigen, vor allem in fragilen Kontexten. Beispiele sind der Landverbrauch im Zuge der Herstellung von Bio-

Der Klimawandel in Krisenregionen führt zu weiterer **DESTABILISIERUNG**.

kraftstoffen, der zu Nahrungsunsicherheit beitragen kann, der Schutz von Wäldern zu Lasten marginalisierter Bevölkerungsgruppen oder auch der großflächige Ausbau von Wasserkraft.

Um diesen Risiken zu begegnen, hat sich eine Gruppe von Vertretern aus den Außenämtern der G7-Staaten mit Ansätzen integrierter Risikoabschätzungen befasst. Zusammen mit internationalen Organisationen haben sie zudem den Fokus auf besonders fragile Regionen wie die Tschadseeregion gerichtet, um die sich gegenseitig verstärkenden Risiken von politischer Instabilität, Ressourcendegradation in Folge des Klimawandels und Radikalisierung von Bevölkerungsgruppen systematisch in den außenpolitischen Blick zu nehmen.

Mögliche Krisenherde werden kaum regional beschränkt bleiben und müssen angesichts einer globalisierten Welt, die von starken Interdependenzen geprägt ist, frühzeitig bearbeitet werden. Mit anderen Worten: Katastrophen wie Fluten oder Ernteausfälle können direkte Auswirkungen auf Deutschland und Europa haben, z. B. in Form von Preisanstiegen, Investitionsverlusten oder Migrationsbewegungen. Das Risiko einer weltweiten Zunahme bzw. Verschärfung von Konflikten würde auch nicht ohne Folgen für die deutsche Außen-

und Sicherheitspolitik bleiben. Diese Risiken betreffen grundsätzlich auch das außenpolitische Selbstverständnis Deutschlands, das eine herausgehobene Rolle in den Bereichen Friedenspolitik, humanitäre Hilfe und Klimawandel einschließt.

In dieser Tradition hat die jetzige Bundesregierung für ihre erneute nicht-permanente Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für 2019 und 2020 angekündigt, die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Sicherheit wieder in einer Befassung des Sicherheitsrates einzubringen. Die Befassung an sich ist mittlerweile fast zur Routine geworden. Seit 2011 hat es wiederholt Diskussionen zu den Implikationen des Klimawandels für Frieden und Stabilität gegeben und der Zusammenhang wurde 2018 auch mit Resolutionen zu krisenhaften Situationen in Somalia oder in der Sahel-Zone hergestellt.

Das Auswärtige Amt hat vor diesem Hintergrund die möglichen Optionen einer stärkeren Institutionalisierung des Themas in den Blick genommen. Es ist Teil einer „Group of Friends“ mit weiteren Regierungen und hat im Juni 2019 zu einer hochrangigen Außenpolitikkonferenz nach Berlin geladen.¹⁰ Der dort vorgelegte „Berlin Call for Action“¹¹ verdeutlicht, dass für die weitere außenpolitische Befassung mit den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels weiter nach internationalen Partnern gesucht wird, um eine Präventionsagenda zu gestalten, die nicht wartet, bis die Folgen des Klimawandels zur weiteren Destabilisierung fragiler Staaten beiträgt, sondern proaktiv durch Maßnahmen der Resilienzstärkung, Ansätze konfliktsensitiver Anpassung und grenzüberschreitende Vertrauensbildung für regionale Stabilität sorgt.

Perspektiven der klimapolitischen Krisenbewältigung

Die Klimapolitik in Deutschland versucht derzeit, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen, weitgreifende Maßnahmen für eine Dekarbonisierung des Landes zu beschließen und dabei die Kosten sozial gerecht zu verteilen. International würde man die

Wir brauchen verstärkt eine **KLIMA-ORIENTIERTE** Innen- und Außenpolitik.

Rückkehr zu einer ambitionierten Klimapolitik Deutschlands ebenso begrüßen wie sein fortwährendes außenpolitisches Engagement, den Klimawandel nicht zum Krisen- und Konfliktverstärker werden zu lassen. Die nächste Chance hier ein deutliches Zeichen zu setzen, bietet sich mit dem Klimagipfel der Vereinten Nationen Ende September in New York. ///



/// **DENNIS TÄNZLER, DIPL. POL.** ist Direktor für Internationale Klimapolitik beim Berliner Think Tank adelphi, der unter anderem die Bundesregierung zu den Themen Klima, Umwelt und Entwicklung berät.

Anmerkungen

- ¹ Klimawandel in Deutschland: Wärmer, wärmer, wärmer, <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2015-12/klimawandel-deutschland-temperatur-hitze-rekord>
- ² Umweltbundesamt: Regionale Klimafolgen in Bayern, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/folgendes-klimawandels/klimafolgen-deutschland/regionale-klimafolgen-in-bayern#textpart-3>
- ³ Conway, Darragh / Ackva, Johannes / Michaelowa, Axel / u. a.: Tipping the balance. Lessons on building support for carbon prices. Policy Brief commissioned by the Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH on behalf of the German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety (BMU), Berlin / Amsterdam / Freiburg 2019.
- ⁴ Edenhofer, Ottmar / Flachsland, Christian / Kalkuhl, Matthias / u. a.: Optionen für eine CO₂-Preisreform, MCC-PIK-Expertise für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 2019.
- ⁵ Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag 2018: Kurzinformation CO₂-Bepreisung, Berlin 2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/550274/7b763d22a15c1bd90a307e8c1dc8b808/wd-5-022-18-pdf-data.pdf>

⁶ Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“: Abschlussbericht, Berlin, 2019, <https://www.kommission-wsb.de>

⁷ BDEW: Positionspapier CO₂-Bepreisung, Berlin 2018, https://www.bdew.de/media/documents/20180131_Positionspapier_CO2-Bepreisung.pdf

⁸ Vgl. die Beiträge zu: Im Fokus: Klimawandel als Sicherheitspolitische Herausforderung, in: Politische Studien, 463/2011.

⁹ Rüttinger, Lukas/ Stang, Gerald / Smith, Dan / u. a.: A New Climate for Peace – Taking Action on Climate and Fragility Risks, Berlin / London/ Washington / adelphi, International Alert, The Wilson Center, EU-ISS, 2015, <https://www.newclimateforpeace.org>

¹⁰ Vgl. für eine Dokumentation <https://berlin-climate-security-conference.de>

¹¹ Improving the climate for peace: Berlin Call for Action, https://berlin-climate-security-conference.de/sites/berlin-climate-security-conference.de/files/documents/berlin_call_for_action_04_june_2019.pdf

/// Soziale Medien als politischer Kommunikationsraum

REZO, TIKTOK UND DIE CHANCEN DEMOKRATISCHER PROZESSE

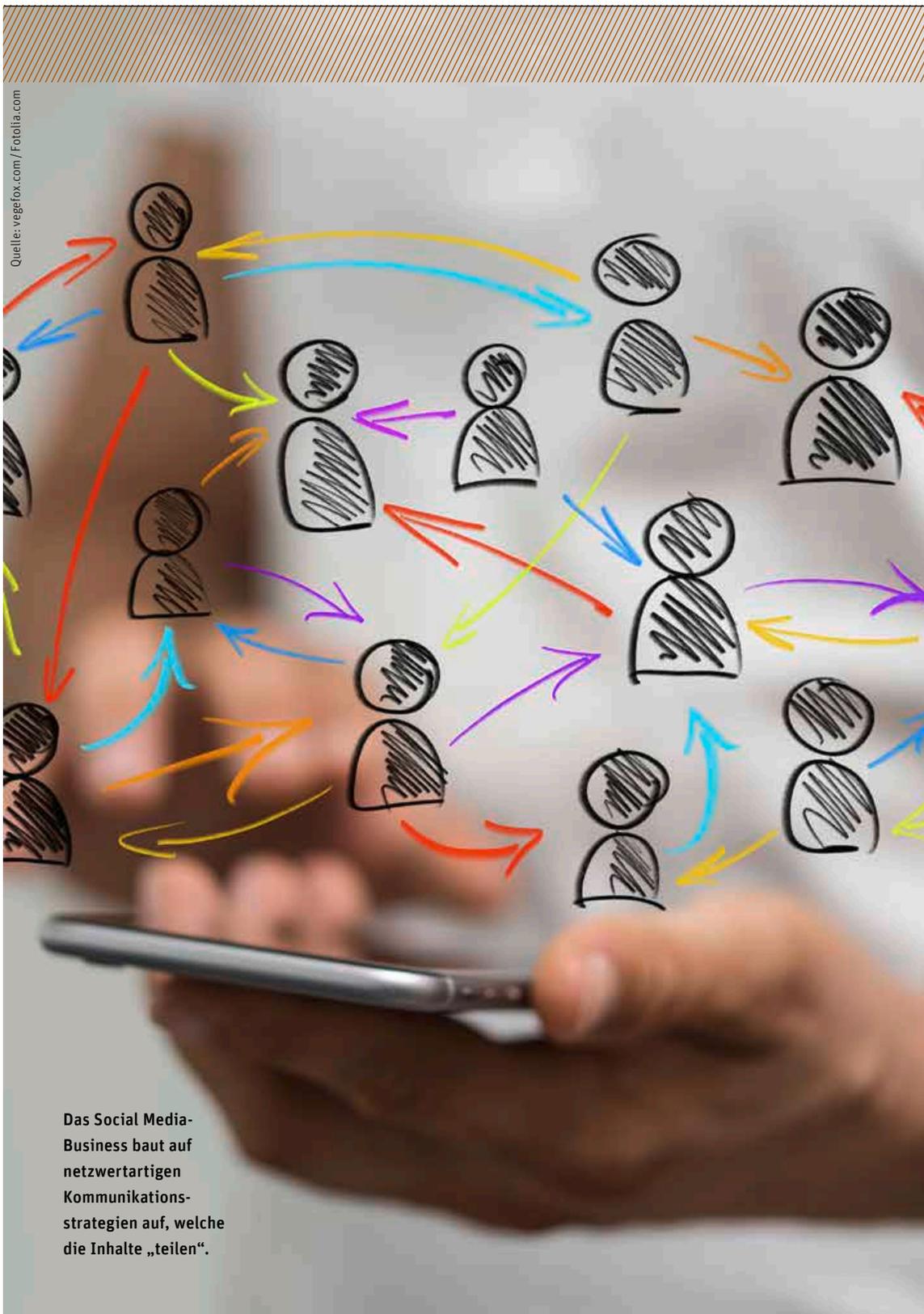
STEFFEN HILLEBRECHT /// Soziale Medien sind insbesondere in der jüngeren Generation das bevorzugte Informations- und Kommunikationsmittel. Gegenüber traditionellen Medien wie Presse und Rundfunk kennzeichnen sie andere inhaltliche Charakteristika sowie unterschiedliche Bedien- und Nutzungsmodalitäten. Die politische Kommunikationsarbeit muss sich in ihrer Arbeitsweise auf diese veränderten Modalitäten einstellen, kann aber auch interessante Perspektiven im Bereich der Mobilisierung von Mitarbeit, in der Finanzierung und in der Koordination der Zusammenarbeit nutzen.

Die Aktualität und die sich daraus ergebende Problemstellung

Zwei Schlaglichter aus dem Frühjahr 2019 stellen die besondere Brisanz von Social-Media-Kommunikation in der politischen Willensbildung eindrucksvoll dar. Die Studie des US-amerikanischen Medienwissenschaftlers Trevor Davis, der im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ die digitale Arbeit deutscher Parteien analysierte, zeigte auf, dass die „Alternative für Deutschland“ (AfD) für gut 80 % aller einschlägigen Social-Media-Aktivitäten verantwortlich zeichnet. Demnach bewegen sich sechs Mitarbeiter in der Berliner Zentrale

durch verschiedene Anwendungen und sorgen – wie auch immer – für eine breite Resonanz. Insbesondere verdichten sich die Hinweise, dass die Wertungen und Weiterleitungen zu einem guten Teil auf gekaperten Profilen beruhen.¹

Kurze Zeit später sorgte der Rapper Rezo Mosh36 (kurz „Rezo“, ein bürgerlicher Name ist derzeit nicht öffentlich bekannt) mit dem 55-Minuten-Clip „Die Zerstörung der CDU“ für einen breiten Widerhall. Er greift darin mehrere Aspekte der Regierungspolitik der Großen Koalition auf, hauptsächlich Fragen des Klimaschutzes sowie der Bildungs- und der Außenpolitik, ergänzt



Das Social Media-Business baut auf netzwerkartigen Kommunikationsstrategien auf, welche die Inhalte „teilen“.

um Anfragen an die zivilgesellschaftliche Mitwirkung seiner Generation. Am 18. Mai 2019 stellte der Künstler sein Protestvideo beim Videoportal Youtube online,² um bis zum 26. Mai, dem Tag der Europawahlen in Deutschland, bereits über 10 Millionen Aufrufe zu verzeichnen, von denen fast eine Million mit einem „Like“ reagierten und ca. 42.000 mit einem „Dislike“. Per 10. Juli 2019 nannte der Anbieter Youtube bereits 15 Millionen Abrufe. Umgerechnet auf die ca. 61,5 Mio. Wahlberechtigten hat fast ein Viertel das Video abgerufen.

Der Rapper **REZO** sorgte mit seinem Protestvideo für ein großes Medienecho.

Nun mag man sich sowohl an formalen Aspekten im Rezo-Video (z. B. eine sehr abgehackte und hektische Sprache) als auch an seiner Argumentationsweise stören. Manche Aussagen sind sehr zugespitzt, teilweise auch nur ungenügend nachgewiesen bzw. unhaltbar und in Einzelfällen wohl auch missverstanden worden. Aber ungeachtet aller berechtigten Vorbehalte erkennt man beide Male den Wandel in der politischen Kommunikation, als „Disruption“ am besten gekennzeichnet. Die Folgen für die etablierten Parteien sind offensichtlich.

Die Erscheinungsformen von Sozialen Medien

Soziale Medien sind ein Sammelbegriff für verschiedene Online-Anwendungen,

bei denen sich Menschen und Organisationen mit ihren Inhalten einbringen und untereinander vernetzen oder anderweitig austauschen können. Die Beratungsorganisation „ethority“ definiert anhand ihres „Social Media Prism“³ ungefähr 250 besonders wichtige und relevante Anwendungen, die 25 verschiedene Anwendungsfelder abdecken. Sie dienen z. B. zum Aufbau beruflicher Netzwerke, der Akquisition von Spendengeldern, dem Austausch von Bildnachrichten, Präsentationen und anderen Dokumenten, der Bewertung von Gastronomiebetrieben, Einzelhändlern, Ärzten und Kliniken u. v. m.

Entsprechend der verschiedenen digitalen Kanäle sind die meisten Social-Media-Angebote sowohl von stationären Geräten (Bürocomputer) als auch von mobilen Geräten (Laptops, Tablets, Smartphones) aus ansteuerbar und damit ortsunabhängig. Voraussetzung ist allein der Anschluss an eine ausreichende Datenverbindung und ein Nutzungsgerät. Die prinzipiell sehr einfachen Bedienungsmodalitäten, in Verbindung mit der genannten Ubiquität („Überall-erhältlichkeit“) sorgt für eine hohe Verbreitung und Nutzungsintensität. Beispielhaft zeigen die Daten aus der ARD-Rundfunkforschung eine tägliche Nutzung von:⁴

- audiovisuellen Medien: 449 Min (ca. 7,5 h), davon 351 min (fast 6 h) für Fernsehen,
- Radio: 181 Min (ca. 3 h), v. a. als „Nebenbei-Medium“,
- gedruckten Medien: 40 Min sowie dem
- Internet: 196 Min (ca. 3 ¼ h), wobei die Altersgruppe 14 bis 29 Jahre mit 344 Min (ca. 5¾ h) besonders heraussticht.

Auffällig sind die Verschiebungen zwischen Print- und Onlinemedien und bei den jüngeren Bürgern. Während nur noch 56 % der Bevölkerung regelmäßig zu Zeitungen und Zeitschriften aller Art greifen, sind 81 % im Internet unterwegs. Insbesondere Jugendliche sind „heavy user“. Die Altersklasse bis 19 Jahre nutzt Online-Angebote zum Austausch, zur Information und zum Einkauf.⁵ Ihre Fernsehzeit mit 81 Minuten täglich sinkt gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt rapide ab. Entsprechend verzeichnen die Social-Media-Anbieter eine intensive Nachfrage:⁶

- Auf Facebook bewegen sich ca. 32 Mio. Deutsche, weltweit sind es ca. 2,37 Mrd. Anders ausgedrückt: Außerhalb von China ist ca. ein Drittel der Menschen via Facebook erreichbar.
- Instagram, übrigens eine Facebook-Tochter, erreicht in Deutschland ca. 15 Mio. Nutzer (weltweit über 1. Mrd.) und dient zum Austausch von Bildern und Nachrichten sowie zunehmend zur allgemeinen Information.
- Pinterest erreicht allein in Deutschland ca. 9 Mio. Nutzer, davon ca. 80 % weiblich.
- Über WhatsApp, ebenfalls eine Facebook-Tochter, verschicken 1 Mrd. Nutzer weltweit ca. 42 Mrd. Nachrichten täglich. Allein in Deutschland sind 30 Mio. Kunden eingeschrieben.
- Der chinesische „Kurz-Video-Dienst“ TikTok, bisher eher unter dem Radar der Medienstudien, bedient allein in Deutschland 4 Mio. Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahre. Weltweit sind es inzwischen ca. 1 Mrd. User und alle 3 Monate werden es derzeit 33 Millionen mehr.

Selbstredend sind die genannten Beispiele wie auch die weiteren Big Player im Social-Media-Business mit diesen Leistungswerten entsprechend interessante Werbepartner für die Unternehmen und können auf Basis der Werbeprovisionen Umsätze im ein- bis zweistelligen Milliardenbereich erzielen. Darüber hinaus lebt auch eine neue Form von PR-Arbeitern von Social-Media-Beiträgen, die sogenannten „Influencer“ („Beeinflusser“, vielleicht besser „Meinungsführer“), die die Reichweite in ihrer Fangemeinde für profitable Produktpräsentationen nutzen und in Einzelfällen – zu nennen ist hier z. B. Bianca Heinecke („Bibi's BeautyPlace“) – innerhalb von zwei bis drei Jahren Millioneneinkünfte generieren.

Der Social-Media-Bereich ist ein interessanter und lukrativer WERBEBEREICH.

Und nicht zuletzt laden die einfachen Einstiegsmöglichkeiten in Verbindung mit dem großen Resonanzraum zum Missbrauch ein. Allein bei Facebook wird von ungefähr vier Mrd. „Fake Accounts“ ausgegangen, also Profile erfundener Personen. Ebenso zeigen sich bei den Inhalten bedenkliche Entwicklungen: Die Zahl der gemeldeten, weil rassistischen, offen zur Gewalt aufrufenden oder anderweitig bedenklichen Beiträge liegt im sechsstelligen Bereich – jährlich.⁷

Soziale Medien in der politischen Information und Meinungsbildung

Die breite Resonanz führt auch zur entsprechenden Relevanz im politischen Kontext. Gerade Menschen unter 25 Jahren nutzen kaum noch klassische Rundfunkangebote für die politische Information. Sie stützen sich v. a. auf Streaming-Anbieter wie Netflix⁸ oder amazon prime sowie auf Instagram und ähnliche Dienste.⁹ Entsprechend verringert sich die Breitenwirkung der politischen Berichterstattung in den traditionellen Medien und konzentriert sich auf Menschen in den höheren Altersstufen. Anstelle der redaktionellen Bearbeitung durch eine Tageszeitung oder einen Rundfunksender tritt eine Meldung, die im Netzwerk durchgereicht und kommentiert oder auch verändert wird, entsprechend ihres Aufmerksamkeitswertes.

Besonders pointiert zeigt TikTok die Möglichkeiten auf. Bei den indischen Kongresswahlen nutzten Kandidaten und Unterstützer die 15-Sekunden-Clips, um Werbebotschaften kurzweilig unter das Volk zu bringen.¹⁰ Wer die Gesetze der extravertierten Aufmerksamkeitsökonomie derart geschickt nutzt, mag sich dem Vorwurf des „human downsizing“ (d. h. dem Absinken des Niveaus an intellektueller Auseinandersetzung und dem Appellieren an niedere Instinkte) aussetzen, hat aber Erfolg. Emotionale Aufladung ersetzt mehr als einmal eine inhaltliche Auseinandersetzung und erhöht das Gefühl, dass man mit seinen eigenen Problemen verstanden wurde und ein klares Feindbild existiert.

In der Konsequenz sollte man soziale Medien mit entsprechenden Beiträgen bedienen können, aber nicht mehr mit dem gewohnten Schema der Themensetzung über Pressemitteilungen, Kon-

zepte und Ähnliches. Es gilt, emotionale Beteiligung zu ermöglichen und Informationen in eingängiger Form anzubieten, möglichst in Kombination mit einem Angebot, diese Inhalte auf entsprechenden Websites oder mit Apps zu vertiefen. Der guten Ordnung halber: Seriöse Kommunikationsarbeit wird nach wie vor auf eine Kombination aus verlässlichen und vertrauenswürdigen Inhalten, traditionellen Medien und sozialen Medien setzen. Um aber damit durchzudringen, muss man sich auf den Wirkungsmechanismus der Social-Media-Arbeit einlassen, der bei oberflächlicher Kommunikationsarbeit auf absolute Reichweiten im sechs- und siebenstelligen Bereich setzt, sich bei intensiver Auseinandersetzung sodann auf die Meinungsbildung in verlässlichen Netzwerken stützt.

WIRKSAME seriöse Kommunikationsarbeit muss heutzutage auch mit Mechanismen der Social Media arbeiten.

An dieser Stelle sei auf „Dunbar's Number“ verwiesen. Der britische Zoologe Robin Dunbar definiert mit ihr die Obergrenze an Personen, mit denen ein Mensch soziale Beziehungen unterhalten und ein vertrauenswürdiges Netzwerk etablieren kann, und nennt dazu den Wert von 150 Personen.¹¹ Primaten (und mit ihnen der Mensch) sind auf enge Beziehungen zu ihren nächsten Gruppenmitgliedern angewiesen, um

sich gegenseitig zu schützen und zu unterstützen. Diese Kleingruppe umfasst ca. 10 bis 15 Personen, wobei jede dieser Kleingruppen über einzelne Kontakte in anderen Kleingruppen mit anderen Kleingruppen in Verbindung steht. Im Endeffekt bewegt sich der durchschnittliche Primat in Kontaktnetzwerken zwischen 120 und 250 Personen, im Durchschnitt eben mit jenen 150 Personen.¹²

Dieses Modell erweiterte Dunbar in späteren Veröffentlichungen zu einem maximalen Range von ca. 1.500 Kontakten,¹³ mit denen Primaten in irgendeiner Form kommunizieren. Von daher baut die pyramidenförmige Kommunikationsstruktur auf einer Spitze mit 10 bis 15 intensiven Kontakten auf, einem Mittelbau mit ca. 150 Kontakten und einer weitläufigen Kontaktbasis von ca. 1.500 Kontakten, im Social-Media-Business auch mit den Ebenen der Key Influencer, Social Influencer und Peer Influencer beschrieben, die auf bestimmten Stufen stehen und eine entsprechend umfangreiche Anzahl an Personen erreichen. Diese Erkenntnis bietet eine interessante Perspektive für die politische Basisarbeit, die vor allem in der Kommunalpolitik immer wieder zum Tragen kommt.

Perspektiven sozialer Medien im Kommunalwahlkampf

Aus aktuellen Gründen – in Bayern werden am 15. März 2020 die Kommunalparlamente und viele Stadtoberhäupter neu bestimmt – sollen diese Perspektiven anhand der Kommunalpolitik näher beleuchtet werden. Dazu sei ein reales Beispiel herangezogen, nämlich das häufig gewählte Instrument des Bürgerinformationsgesprächs vor Ort, in diesem Fall als Rundgang in einem zur Sanierung bzw. Neubebauung vorgesehenen Stadtteils in Bahnhofsnähe einer

Universitätsstadt. Es handelt sich um eine gemischte Wohn- und Gewerbelage mit Bürgerhäusern aus dem 19. Jahrhundert sowie Gewerbeflächen aus der Nachkriegszeit, eingebettet zwischen Gleisanlagen und Ringpark, die städtebaulich erneuert werden soll mit der Errichtung von hochwertigen Wohn- und Praxisimmobilien, einschließlich 1.700 Parkplätzen. Der Stadtteilrundgang wird auf der Website der Stadtratsfraktion sowie in den örtlichen Medien (Tageszeitung, lokaler Rundfunk) und auf Plakatständern angekündigt, mit der Teilnahme des Oberbürgermeisters und diverser Stadtratsmitglieder, des zuständigen Baureferenten und mehrerer Vertreter des Projektentwicklers. Die zweistündige Veranstaltung wird ca. 85 Bürger mobilisieren und von zwei bis drei Lokaljournalisten der Tageszeitung und des Lokalradios begleitet, mit einer publizistischen Resonanz eines Zeitungsbeitrags am übernächsten Tag (zwei bis drei Spalten plus ein Foto) und einem dreiminütigen Radiobeitrag, mehrfach im Morgenprogramm des nächsten Tages ausgestrahlt.

SOZIALE MEDIEN bieten der politischen Basisarbeit neue Mittel und Perspektiven.

Der Kommunikationsmehrwert entsteht mit einer fokussierten Content-Strategie (vulgo: „Politik.einfach.verständlich“) und lässt sich in folgender Weise realisieren:

- Ankündigung des Informationsangebotes (Facebook, Instagram, Twitter),
- Liveberichterstattung mit drei bis vier Twittermeldungen (Übermittlung wichtiger Aussagen von Bauträgern und politischen Verantwortungsträgern),
- Instagram-Posts über die Accounts der anwesenden Verantwortungsträger, unter Verwendung geeigneter „Hashtags“ wie #neubauquartier, #stadteilmanagement, #Stadtbildkommission, „csukreisverband, #csustadtratsfraktionmusterstadt etc., die dann wiederum von anderen Personen aufgegriffen („likens“ und weiterleiten) werden. Abwesende erhalten einen Einblick, Reaktionsziffern lassen das Aktivierungspotenzial des Themas erkennen sowie eine
- resümierende Pressemitteilung, mit konkreten Inhalten („ca. 85 Bürger waren anwesend, Fragen und Antworten zu folgenden Themen, das machen wir daraus“), zusätzlich eine Bilderstrecke als Download auf der Website des Kreisverbands und ein kurzes Erklärvideo zu den wesentlichen Arbeitsschritten der Neugestaltung des Stadtquartiers, in dem die Forderungen bzw. Positionen der Stadtratsfraktion eingearbeitet sind.

Unabhängig von der Frage, ob WhatsApp, Instagram und Facebook in fünf Jahren noch üblich sind – aktuell sind sie in der breiten Bevölkerung quasi „Basics“. Das breite Abstützen z. B. auf mehrere Stadträte mit ihren individuellen Netzwerken wird dabei Dunbars Nummer gerecht und entlastet auch, da es nicht mehr zwingend auf eine einzelne Person ankommt, die quasi alle Interessenten erreichen muss, sondern auf

die Qualität des Netzwerks, die eine möglichst breite und diverse Personenzahl umfasst. Anders gesagt: Wenn 8 Stadträte jeweils ca. 150 Personen erreichen, können unter Abzug der Schnittmengen jeweils 70 bis 80 originäre, individuelle Kontakte unterstellt werden, mithin ca. 500 bis 650 Personen aus unterschiedlichen Stadtteilen, Gesellschaftsschichten und Lebensumständen, zusätzlich zu den 85 Personen vor Ort. Sicher ist diese Anzahl nicht mit der gesamten Leserschaft einer Tageszeitung zu vergleichen, allerdings in ihrer politischen Orientierung und Sympathie deutlich stabiler, da sie auf persönlichen Beziehungen beruht und nicht auf einer anonymen, distanzierten Berichterstattung in Massenmedien.

Mit den neuen Medien kann man eine **STABILE Adressatengruppe aufbauen und erreichen.**

Anforderungen an die politische Kommunikation 2020

Grundsätzlich zeigen sich in der politischen Diskussion mindestens zwei Welten, nämlich diejenige in den etablierten Massenmedien Rundfunk und Presse und diejenige in den neuartigen digitalen Medienlandschaften. Social-Media-Anwendungen versprechen eine Vielfalt an Interaktionsmöglichkeiten mit relativ niedrigen Eintrittsschranken. Gerade ehrenamtliche Parteilarbeit kann unter dieser Prämisse neue Perspektiven gewinnen, hat aber auch Konsequenzen:

Die entsprechenden Verantwortungsträger im Umgang mit sozialen Medien verstärkt zu unterweisen, z. B. durch „learning expeditions“, „Bar Camps“ und „Hackatons“ sowie Inhalte und Organisationsformen an die Anforderungen der sozialen Medien anzupassen, im Sinne von Marshall MacLuhans Diktum „The Media is the Message“¹⁴. Dann wird auch eine entsprechende Wirksamkeit eintreten.

Der Blick auf die neuen Organisationsformen in der Wirtschaft, mit den Stichwörtern „Agiles Management“, „Agile Projektarbeit“, „Digitale Führung“ und Ähnlichem etikettiert, bietet das Muster. Viele Führungskräfte akzeptieren, dass sie nicht mehr allen Anforderungen gerecht werden können und verstärkt auf die Eigenverantwortung und das Engagement der Fachkräfte setzen müssen. Klassische, hierarchisch aufgebaute Arbeitsgruppen werden durch aufgabenbezogene, individuell zusammengestellte Projektteams abgelöst. Führungskräfte werden in Moderatoren verwandelt, aber auch die Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen gestärkt und eingefordert. Vorteilhaft ist:

- Die mögliche Ansprache und bestenfalls Mobilisierung jüngerer Bürger wird deutlich erleichtert.
- Projektbezogene Mitarbeit kann leichter Menschen mobilisieren als eine zeitlich eher unbefristete Mitgliedschaft mit regelmäßigen Treffen im Orts- oder Kreisvorstand.
- Die Etablierung eigener Nachrichtenkanäle sichert die zukünftige Kommunikationsfähigkeit, was im Kontext der rückläufigen Verbreitung klassischer Medien von entscheidender Bedeutung wird.

Parteiarbeit ohne Social-Media-Kanäle wird zukünftig **NICHT mehr wahrgenommen.**

Gerade der letzte Punkt ist von Brisanz. Wenn wie bereits genannt im Schnitt weniger als die Hälfte der Bürger noch die regionale Tageszeitung nutzt und auch das klassische Fernseh- und Radioangebot vorwiegend ältere Personen adressiert und insgesamt in seinen Reichweiten deutlich zurückgeht, wird man über kurz oder lang mit den traditionellen Medien nur noch Teile der Gesellschaft erreichen können. Entsprechend finden Parteien, die bis dahin keine funktionierenden Social-Media-Kanäle aufgebaut haben, in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr statt. ///



Quelle: FHW

/// PROF. DR. STEFFEN HILLEBRECHT
Wirtschaftswissenschaftler, ist nach mehrjähriger Tätigkeit für eine konfessionelle Mediengruppe seit 2009 Professur für Medienmanagement an der HAW Würzburg-Schweinfurt.

Anmerkungen

- ¹ Diehl, Jörg, u. a.: Die rechte Welle surfen, in: Der Spiegel, 18/2019, S. 18-19; o. V.: AFD hängt andere Parteien auf Facebook ab, Beitrag vom 26.4.2019, www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-ist-auf-facebook-haushoch-ueberlegen-a-1264562.html; Stötzel, Thomas: Und jedesmal „Gefällt mir“ klicken, in: Wirtschaftswoche 17/2019, S. 66-70.
- ² Rezo ja lol ey: Die Zerstörung der CDU, <https://www.youtube.com/watch?v=4Y1LZQsyuSQ>, mehrfach aufgerufen zwischen 22.5.2019 und 10.10.2019.
- ³ <https://ethority.de/social-media-prisma/>, Stand: 10.7.2019.
- ⁴ Eigene Zusammenstellung auf Basis der ARD-Basisdaten unter https://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/Basisdaten/Basisdaten_2018_Internet_mit_Verknuepfung.pdf, Stand: 10.7.2019.
- ⁵ Kipper, Juliane: So fischt Instagram nach jungen Käufern, Beitrag vom 31.3.2019, www.n-tv.de/wirtschaft/So-fischt-Instagram-nach-jungen-Kaefern-article20929513.html
- ⁶ Angaben auf Basis eigener Recherche bei den jeweiligen Anbietern, Stand: 31.3.2019.
- ⁷ Prauß, Marius, u. a.: Digitale Aufräumarbeiten, in: Handelsblatt, 133/2019, S. 24-25.

- ⁸ Vgl. Dörner, Andreas: Politserien – Unterhaltsame Blicke auf die Hinterbühnen der Politik, Beitrag vom 16.12.2016, <http://www.bpb.de/apuz/238837/politserien-unterhaltsame-blicke-auf-die-hinterbuehen-der-politik>
- ⁹ O. V.: Junge Leute konsumieren Nachrichten v. a. über Instagram, Beitrag vom 13.6.2019, <https://www.sueddeutsche.de/medien/journalismus-reuters-digital-news-report-nachrichten-1.4483637>
- ¹⁰ Spohr, Frederic: Wie die chinesische Mega-App TikTok den indischen Wahlkampf beeinflussen könnte, Beitrag vom 13.3.2019, www.handelsblatt.com/politik/international/wahlkampf-beeinflussung-wie-die-chinesische-mega-app-tiktok-indiens-wahlkampf-beeinflussen-koennte/24092798.html
- ¹¹ Dunbar, Robin. I. M.: Coevolution of neocortical size, group size and language in humans, in: Behavioral and Brain Sciences, 4/1993, S. 681-694, doi:10.1017/S0140525X00032325
- ¹² Ebd., S. 284 ff., Dunbar der als präzisen Durchschnittswert 148 angibt, aber auf 150 aufrundet.
- ¹³ Vgl. Mac Carrun, Patrick, u. a.: Calling Dunbar's Number, in: Social Networks 2/2016, S. 191-195.
- ¹⁴ Vgl. MacLuhan, Marshall: Understanding the Media – The Extension of Man, New York NY: Mentor 1964.

/// Analphabetismus Erwachsener in Deutschland

LESEN UND SCHREIBEN IST DOCH KINDERLEICHT ...

TIMM HELTEN /// Ausreichend lesen und schreiben zu können, ist eine wichtige Voraussetzung für die Gestaltung des Alltags und gesellschaftliche Teilhabe. Zum Umfang geringer Literalität der Erwachsenenbevölkerung in Deutschland sind im Mai 2019 neue Zahlen veröffentlicht worden: 6,2 Millionen Erwachsene, also jeder Achte, haben große Schwierigkeiten mit der Schriftsprache.

Einleitung

Die LEO-Studie der Universität Hamburg hat erstmals 2011 verlässliche Zahlen zur Schriftsprachkompetenz der deutschen Erwachsenenbevölkerung veröffentlicht.¹ Bis dahin gingen Schätzungen des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung von 4 Millionen Erwachsenen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten aus. Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte LEO-Studie lieferte eine weitaus höhere Zahl. Demnach ver-

fügten im Jahr 2010 7,5 Millionen Erwachsene, die Deutsch sprechen und verstehen können, über geringe Fähigkeiten im Lesen und Schreiben. Die international vergleichende PIAAC-Studie der OECD bestätigte ein Jahr später dieses Ergebnis: 2012 verfügten 17,5 % der 16 bis 64-Jährigen in Deutschland über geringe Lesefähigkeiten.²

Ohne grundlegende Kompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen oder ohne die aktive Nutzung digitaler Medien ist die gesellschaftliche Teilhabe erschwert. Die Bildungspolitik war alarmiert. In den Medien wurde verstärkt über das Thema berichtet. „Funktionaler Analphabetismus“ im Land der Dichter und Denker? Wieso verlassen so viele Menschen das Schulsystem, ohne ausreichend lesen und schreiben zu können? Was sind die Ursachen? Wie können diese Menschen erreicht, unterstützt und die Zahl reduziert werden?

6,2 Millionen Erwachsene in Deutschland sind funktionale ANALPHABETEN.



Viele Erwachsene können nicht richtig lesen und schreiben. Aber es ist nie zu spät, es noch richtig zu lernen. Und dafür gibt es Hilfe.

Als Erwachsener nicht ausreichend lesen und schreiben können

Geringe Literalität bedeutet, dass eine Person allenfalls bis zur Ebene einfacher Sätze lesen und schreiben kann. In der Systematik der LEO-Studie wird der Bereich geringer Lese- und Schreibkompetenz mit den Alpha-Levels 1 bis 3 beschrieben:

- Alpha-Level 1: Personen fällt es schwer, einzelne Buchstaben zu erkennen.

- Alpha-Level 2: Personen können einzelne Wörter lesend verstehen und schreiben, müssen aber Buchstabe für Buchstabe zusammensetzen.
- Alpha-Level 3: Personen können einzelne Sätze lesen oder schreiben, sind aber nicht in der Lage, zusammenhängende Texte zu lesen oder zu schreiben.

Von den Deutsch sprechenden Erwachsenen lesen und schreiben im Jahr 2018

noch 12,1 % auf einem niedrigen Kompetenzniveau.³ In der Studie der Universität Hamburg wurden ausschließlich Personen befragt, die die deutsche Sprache mündlich soweit beherrschen, dass sie einer Befragung in der deutschen Sprache folgen können. Zugewanderte ohne ausreichende mündliche Deutschkenntnisse wurden demnach nicht erfasst. Mit 52,6 % hat etwas mehr als die Hälfte der gering literalisierten Erwachsenen in der Kindheit Deutsch als erste Sprache gelernt. Ältere Jahrganggruppen sind häufiger gering literalisiert als jüngere Jahrgänge. Insbesondere Erwachsene über 45 Jahre machen den größeren Teil aus. Mehr als 60 % der gering literalisierten Erwachsenen sind erwerbstätig.

Ursachen geringer Literalität

Dass so viele Erwachsene nicht ausreichend lesen und schreiben können, kann unterschiedliche Ursachen haben:

- Sie wurden in der Schule und im Elternhaus nicht ausreichend gefördert. Dies kann zu Überforderung und negativen Lernerfahrungen führen, so dass schriftsprachliche Praktiken vermieden werden.
- Sie haben gesundheitliche Einschränkungen oder waren länger krank. Dadurch kann es beispielsweise zu vielen Fehlzeiten in der Schule kommen und es entstehen Lernlücken, die schwer nachzuholen sind.
- Sie sind in schwierigen Verhältnissen aufgewachsen. Der Bildungserfolg ist

in Deutschland immer noch sehr stark vom sozialen Hintergrund abhängig. Bildungsstudien wie PISA oder IGLU kommen zu dem Ergebnis, dass Schüler mit einem höheren sozioökonomischen Status durchgehend bessere Lese- und Schreibleistungen aufweisen als Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien.⁴

Wer das Lesen und Schreiben in den ersten Schuljahren nicht ausreichend gelernt hat, kann es an weiterführenden Schulen kaum nachholen.

„Workaround“ und schriftsprachliche Situationen vermeiden

Menschen mit Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben prüfen häufig im Vorfeld bevorstehende Situationen dahingehend, ob sie mit Lese- und Schreibanforderungen konfrontiert werden könnten. Schriftsprachliche Alltagssituationen werden nach Möglichkeit vermieden oder mit Hilfe anderer Strategien gelöst.⁵ Hilfreich im Lösen von schriftsprachlichen Anforderungen sind Vertrauenspersonen wie Ehepartner, Kollegen und Freunde. Vertrauenspersonen haben zudem einen großen Einfluss darauf, ob der erste Schritt hin zum Lernen unternommen wird und können positiv auf Lernangebote hinweisen und zum Lernen motivieren.

Situationen vermeiden:

- Informationsveranstaltungen werden nicht besucht.
- Beförderungen im Job werden ausgeschlagen.
- Schriftlich zu erbringende Unterlagen und Nachweise fehlen.

Aufgaben delegieren:

- „Machen Sie das doch gleich mal.“

- „Sie können das besser.“
- „Das Formular nehme ich mit, ich mache das zu Hause.“
- „Den Arbeitsnachweis schreibe ich zu Hause.“

Über Schwierigkeiten hinwegtäuschen:

- Sie zeigen den Behördenbrief und fragen: „Wo muss ich da hin?“ oder „Was mache ich damit?“
- „Ich habe meine Brille vergessen.“ oder „Ich habe meine Hand verletzt.“
- „Meine Bewerbung ist doch noch aktuell.“
- „Die Schrift ist zu klein. Ich kann das nicht lesen.“

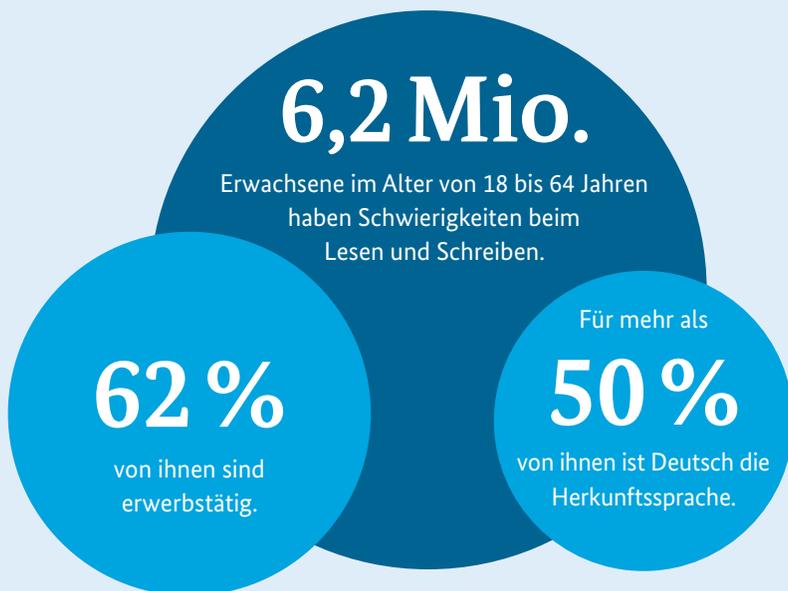
Funktionale Analphabeten entwickeln im Alltag oftmals VERMEIDUNGSSTRATEGIEN.

Schriftliche Informationen werden nicht verstanden:

- Auf schriftlich erteilte Aufforderungen, Einladungen (z. B. per Post / Mail) erfolgt keine Rückmeldung.
- Schriftliche Aufgabenstellungen werden nicht verstanden.
- Den Inhalt eines vorgelegten Textes können Menschen nicht wiedergeben oder sich darüber nicht austauschen.

Besser lesen und schreiben hat viele Vorteile

Die Verbesserung von Lese- und Schreibkompetenzen und anderer Grundbildungskompetenzen kann zu Verbesserungen auf individueller, wirtschaftlicher



Quelle: BMBF, LEO-Studie 2018

und gesellschaftlicher Ebene führen. Entsprechende Lernangebote bieten in Bayern Weiterbildungsrichtungen wie Volkshochschulen, Bildungswerke der Wirtschaft und der Verein Arbeit und Leben an. Eine verbesserte Grundbildung bringt einen Mehrwert in den verschiedensten Lebensbereichen.

Lese- und Schreibkompetenz
ERLEICHTERT und bereichert das
Leben.

Arbeitswelt

Rund 60 % der Menschen mit Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben sind erwerbstätig. Viele von ihnen arbeiten in sogenannten Helferjobs und sind An- oder Ungelernte. Die zunehmende Digitalisierung des Arbeitsplatzes und wachsende Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt stellen Menschen mit geringen Lese- und Schreibkompetenzen und Firmen vor besondere Herausforderungen. Bisher einfache Arbeitstätigkeiten werden zunehmend komplexer. In Zeiten von Fachkräftengaps sind Betriebe gefordert, vorhandene Mitarbeiterpotenziale auszubauen, und setzen dabei immer häufiger auf Grundbildungsangebote für Beschäftigte.⁶

Eine verbesserte Grundbildung bei Beschäftigten ist für das gesamte Unternehmen ein Gewinn.⁷

- **Bessere fachliche Qualifikationen:** Eine ausreichende Grundbildung befähigt Beschäftigte, an weiteren beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen.
- **Steigende Leistungsfähigkeit:** Mitarbeiterpotenziale werden genutzt. Damit gehen größere Arbeitszufriedenheit und steigende Leistungsfähigkeit bei Beschäftigten einher.
- **Kosteneinsparungen:** Grundbildung kann helfen, Betriebsabläufe zu optimieren sowie Arbeitssicherheit zu gewährleisten und unterstützt somit die Qualitätssicherung.

Im Rahmen der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016-2026 (AlphaDekade) fördert das BMBF innovative Projekte, die Beschäftigte mit Alphabetisierungs- und Grundbildungsbedarf am Arbeitsplatz und Betriebe unterstützen. Die Beschäftigten wenden die neuen Kenntnisse sofort am Arbeitsplatz an. Das sichert nicht nur den Job, die Erfolgserlebnisse führen auch zu besserer Arbeitszufriedenheit und -qualität und tragen zur Motivation für weitere Qualifizierungsmaßnahmen innerhalb des Unternehmens bei. In Zeiten des Fachkräftemangels und des rasanten Wandels der Arbeitswelt im Zuge der Digitalisierung ist eine ausreichende Grundbildung für den Job wichtiger denn je.

Familie

Menschen, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, sind häufig in Familien aufgewachsen, in denen Schriftsprache einen geringen Stellen-

wert hatte. Bücher, Zeitschriften oder Zeitungen gab es in diesen Haushalten kaum. Häufig wiederholt sich das dann bei den eigenen Kindern. Der Stiftung Lesen zufolge liest ein Drittel aller Eltern seinen Kindern zu selten vor.⁸ Für viele Menschen, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, ist das erste Kind jedoch auch häufig ein Anlass, es besser zu lernen. Eltern wollen Vorbilder für ihre Kinder sein, ihnen gute Startchancen für die Schule bieten und die Gute-Nacht-Geschichte vorlesen können.

ELTERNCHAFT wirkt bei Lese- und Schreibschwäche oftmals **motivierend.**

Kinder, denen vorgelesen wird, lernen leichter, gehen lieber zur Schule und haben vielseitige Interessen.⁹ Lesen ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Es verschafft Kindern und Jugendlichen Chancen, stärkt ihr Miteinander und lässt sie die Welt entdecken. Wie nationale und internationale Studien zeigen, gilt in jedem Alter: Lesen erhöht das Einfühlungsvermögen und die allgemeine Lebenszufriedenheit. Kinder, die mit Lesemedien und Impulsen durch Vorlesen und Erzählen aufwachsen, haben bessere Chancen, selbst später gut lesen und schreiben zu können. Deshalb ist es wichtig, Eltern und Kinder beim Lesen- und Schreibenlernen zu unterstützen und in präventive Maßnahmen zu investieren.



Quelle: BMBF, LEO-Studie 2018

Kitas, Schulen, Familienzentren, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteiltreffs – all diese Einrichtungen haben auch Kontakt zu Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten. Auf diesen Zugang setzt das BMBF und fördert Projekte, die Eltern mit Lese- und Schreibschwierigkeiten über Kindertagesstätten oder Mehrgenerationenhäuser erreichen, die in Lerncafés niedrigschwellige Angebote machen und die Lernmotivation wecken. Alle Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass Familien in ihrer Selbstbestimmung gestärkt und die Bildungschancen der Kinder verbessert werden.

Alltag und Finanzen

Die Handykosten kontrollieren, Ratenkäufe überblicken, digital bezahlen oder Preisangebote vergleichen – der alltägliche Umgang mit Geld stellt Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten vor große Herausforderungen. In einer immer komplexer werdenden Welt von Waren und Finanzleistungen ist die Gefahr groß, den Überblick zu verlieren und sich zu verschulden.

Wer lesen, schreiben und rechnen kann, besitzt die Grundfähigkeiten, sein persönliches Budget zu überblicken, Vertragsangelegenheiten zu verstehen und Angebote zu vergleichen. Menschen, die diese Kompetenzen im Erwachsenenalter nachholen, lernen, fi-

Die **VERWALTUNG** des eigenen Lebens erfordert Grundfähigkeiten wie Lesen und Schreiben.

nanzielle Schwierigkeiten zu meistern, Stress abzubauen und ihren Alltag zu verbessern. Diese Erfahrung wiederum stärkt die Motivation, die eigenen Grundfähigkeiten weiter auszubauen.

Das BMBF fördert Projekte, die dazu beitragen, die finanzielle Grundbildung und digitale Kompetenzen zu erhöhen. So werden dazu sogenannte Schlüsselpersonen in Schuldnerberatungsstellen, Banken und Verbrauchersensibilisierungszentren sensibilisiert. Weiterbildungseinrichtungen integrieren Themen wie Finanzen oder Verbraucherbildung in ihre Lernangebote.

Gesamtgesellschaftliches Engagement von Politik und Partnern weiter verstärken

Die Zahl gering literalisierter Erwachsener ist seit 2011 um 1,3 Millionen zurückgegangen. Der positive Trend ist erfreulich, aber das bildungspolitische und gesellschaftliche Engagement darf nicht nachlassen. Trotz des gestiegenen Angebots und Bewusstseins zur Alphabetisierung und Grundbildung in den letzten Jahren ist die Teilnahme an entsprechenden Angeboten immer noch gering. Nur 0,7 % der befragten gering literalisierten Erwachsenen der LEO-Studie 2018 geben an, ein Angebot aus dem Bereich Alphabetisierung und Grundbildung besucht zu haben. Was wird getan, um die Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben zu erhöhen?

Bund, Länder und gesellschaftlich relevante Organisationen und Institutionen (Dekadepartner) arbeiten seit 2012 verstärkt und koordiniert an dem Thema und wollen bis 2026 in AlphaDekade die Zahl gering literalisierter Erwachsener weiter reduzieren und das Grund-

bildungsniveau in der Bevölkerung erhöhen. Zur Umsetzung der AlphaDekade wurden Ziele und Maßnahmen in einem gemeinsamen Arbeitsprogramm ausgearbeitet.¹⁰

Öffentlichkeit herstellen

Durch Aufklärungs- und Informationskampagnen werden in der Bevölkerung Vorurteile abgebaut, Tabus gebrochen und Lernangebote in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Mit regionalen und bundesweiten Kampagnen machen Bund, Länder und Dekadepartner mit TV- und Radiospots, Plakaten und Infoausstellungen auf die Thematik aufmerksam. Darüber hinaus nutzen zahlreiche Akteure und Bildungsanbieter auch Messen wie beispielsweise die Leipziger Buchmesse sowie den Weltalphabetisierungstag am 8. September. Die Internetseite www.alphadekade.de informiert über aktuelle Veranstaltungen, neue Initiativen sowie Projekt- und Forschungsergebnisse.

Mit Öffentlichkeitskampagnen soll das **TABUTHEMA** aufgebrochen werden.

Forschung intensivieren

Studien- und Forschungsergebnisse liefern wichtige Erkenntnisse zu den Ursachen, der Entwicklung und den Auswirkungen von Lese- und Schreibschwierigkeiten Erwachsener. Um die gering literalisierten Erwachsenen besser zu identifizieren und geeignete motivatio-

nale Aspekte und Formen der Ansprache zu entwickeln, werden die Lebenswelten und Milieus, in denen Personen mit geringer Literalität sich bewegen, erforscht. Auch wird die Wirksamkeit von Unterstützungsangeboten untersucht. Die Forschungsergebnisse fließen in die Ausgestaltung von Lehr-, Lern- und Beratungsangeboten ein.

Lernangebote optimieren

Der Entwicklung von attraktiven und flächendeckend verfügbaren Lernangeboten kommt in den kommenden Jahren eine zentrale Bedeutung zu. Um das Interesse an Weiterbildung zu erhöhen, sollen sich die Angebote an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Lernenden orientieren. Dazu gehört auch, Lerninhalte alltags- und praxisbezogen (z. B. Arbeits- und Lebenswelt, Finanzen, Freizeit, Beziehungen, Gesundheit) zu gestalten. Nachgefragt sind Lernangebote, die an konkrete berufliche oder alltagsbezogene Anforderungen anknüpfen und den Lernenden einen unmittelbaren Nutzen bringen. Auch virtuelle Lernwelten und digitale Anwendungen bieten vielfältige Chancen zur individuellen Unterstützung bei Grundbildungsbedarfen und zur Herstellung von Lernmotivation. Das BMBF fördert daher Projekte, die digitale Lösungen zur Verbesserung der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen weiterentwickeln.

Lehrpersonal professionalisieren

Qualitativ hochwertige und passgenau Lernangebote sowie die Heterogenität der Lerngruppen stellen auch das Bildungspersonal vor große Herausforderungen. Es muss mit den unterschiedlichen Bedürfnissen seiner Zielgruppe vertraut sowie fachlich und didaktisch-

methodisch gut ausgebildet sein. Daher ist die Professionalisierung des Bildungspersonals ein wichtiges Handlungsfeld der Dekade. Die Qualifizierung von Kursleitenden in der Grundbildung sowie von Lehrkräften in der allgemeinen Jugend- und Erwachsenenbildung soll im Hinblick auf erwachsenengerechte Lehr- und Lernmittel und neue Ansätze der Didaktik und Methodik weiter ausgebaut werden. Um signifikant mehr Lernangebote bereit zu stellen, ist es auch erforderlich, die Anzahl der Lehrkräfte zu erhöhen und ihre Arbeit angemessen zu vergüten. Aber auch Lehrpersonal an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen muss sensibilisiert und qualifiziert werden, um geringer Literalität vorzubeugen.

Es braucht mehr und gut ausgebildetes **LEHRPERSONAL**.

Strukturen und Unterstützungsangebote weiterentwickeln

Bund, Länder und Dekadepartner setzen sich in der AlphaDekade dafür ein, Angebote für Alphabetisierung und Grundbildung als festen Bestandteil im Weiterbildungssystem zu verankern und diese an weitere Bildungsgänge wie das Nachholen des Schulabschlusses oder (berufliche) Nachqualifizierung anschlussfähig zu machen. Bereits vorhandene Weiterbildungsangebote, zum Beispiel im beruflichen Kontext, sollen noch stärker mit dem nachträglichen Erwerb von Schriftsprachkompetenz

verknüpft werden. Dazu sollen auch Schlüsselpersonen wie Mitarbeitende in öffentlichen Verwaltungen, Arbeitsagenturen und Jobcentern etc. sensibilisiert und qualifiziert werden, Menschen mit Alphabetisierungsbedarf zu erkennen und in entsprechende Angebote weiterzuvermitteln. Seit Start der AlphaDekade wurde die Initiative durch weitere Partner gestärkt. Nur durch gemeinsame abgestimmte und koordinierte Anstrengungen von Bund, Ländern und Partnern wird es gelingen, die Zahl der Menschen mit Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben weiter zu verringern und die gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern. ///



/// **TIMM HELTEN**

ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Koordinierungsstelle der AlphaDekade, Bonn.

Anmerkungen

- ¹ LEO-Presseheft, https://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/files/2011/12/leo-Presseheft_15_12_2011.pdf, Stand: 10.7.2019.
- ² PIAAC: Internationale Studie zur Untersuchung von Alltagsfertigkeiten Erwachsener, <https://www.gesis.org/piaac/piaac-home/>, Stand: 10.7.2019.
- ³ <https://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/files/2019/05/LEO2018-Presseheft.pdf>, Stand: 10.7.2019.
- ⁴ https://www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/Mercator-Institut_Faktencheck_Entwicklung_der_Lese-_und_Schreibleistungen_screen_final.pdf, Stand: 10.7.2019.
- ⁵ http://www.apfe-institut.de/files/handreichung_2008_web.pdf, Stand: 10.7.2019.

- ⁶ https://www.alphagrundprojekt.de/files/inhalte/download/Materialien_Publikationen%20und%20Downloads/IW-Trends_2019-01-03_Grundbildung_Geringqualifizierte.pdf, Stand: 10.7.2019.
- ⁷ <https://www.alphagrund-projekt.de/fakten/arbeitsplatzbezogene-grundbildung.html>, Stand: 10.7.2019.
- ⁸ <https://www.stiftunglesen.de/download.php?type=documentpdf&id=1357>, Stand: 10.7.2019.
- ⁹ <https://www.stiftunglesen.de/download.php?type=documentpdf&id=2397>, Stand: 10.7.2019.
- ¹⁰ https://www.alphadekade.de/files/01_Arbeitsprogramm_Nationale_Dekade_Alphabetisierung.pdf, Stand: 10.7.2019.

Hier gibt es Hilfe:

Koordinierungsstelle der AlphaDekade

Als Service- und Geschäftsstelle der AlphaDekade hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag des BMBF eine Koordinierungsstelle eingerichtet.
www.alphadekade.de

Landeskoordinierungsstelle im Freistaat Bayern

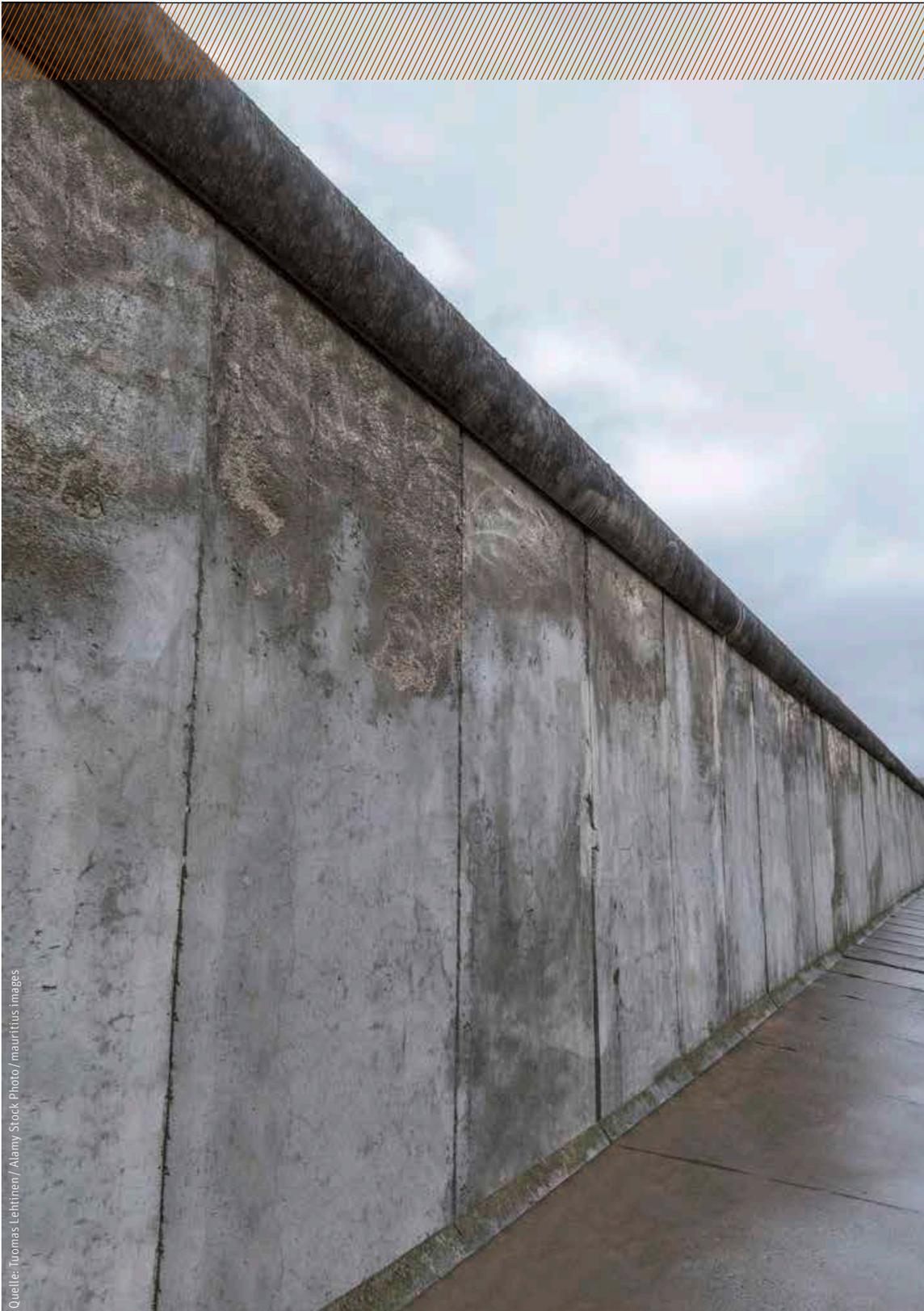
Der Bayerische Volkshochschulverband e. V. ist die vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus benannte Fach- und Koordinationsstelle für die Alphabetisierung und Grundbildung in Bayern und unterstützt Bildungsträger bei der Planung, Konzeption und Durchführung von Kursangeboten.
www.vhs-bayern.de

ALFA-Telefon 0800 53 33 44 55

Am ALFA-Telefon informieren Experten anonym und kostenlos über passende Lernangebote sowie Selbsthilfegruppen in der Region und vermitteln Ansprechpartner vor Ort.
www.alfa-telefon.de

Im Internet lesen, schreiben, rechnen lernen

Das mehrfach ausgezeichnete Lernportal des Deutschen Volkshochschul-Verbandes eignet sich für Einsteiger ebenso wie für Lernende mit Vorkenntnissen. Nutzer können sich anonym online anmelden und werden auf ihrem Lernweg von Tutoren begleitet.
www.vhs-lernportal.de



Quelle: Tuomas Lehtinen / Alamy Stock Photo / mauritius images

/// 30 Jahre Mauerfall

„... WIR SCHÄMTEN UNS DER TRÄNEN NICHT“

VERENA HAUSNER /// Am 13. August 1961 begann der Bau der Berliner Mauer. Sie teilte nicht nur eine Stadt und deren Bewohner in Ost und West, sondern riss Familien, Freunde, Kollegen und eine ganze Nation für eine lange und schmerzvolle Zeit auseinander. Die Mauer wurde weltweit zum Symbol des Schreckens und des Kalten Krieges. Es mussten erst 28 Jahre vergehen, ehe nach einer friedlichen Revolution am 9. November 1989 die Mauer fiel und es zur Wiedervereinigung kam.

Dieses historisch einmalige Ereignis gehört sicher zu einem unvergesslichen Moment im Leben eines jeden, der ihn erlebt hat. Jeder von uns wird noch wissen, wo er sich zum Zeitpunkt des Mauerfalls befand und was er dabei empfunden hat. Ihre Empfindungen geben diese Zeitzeugen wieder:

„Die deutsche Teilung
habe ich immer als
schmerzhaft empfunden.“



**/// DR. MARKUS SÖDER, MDL
BAYERISCHER MINISTER-
PRÄSIDENT**

///Die deutsche Teilung habe ich immer als schmerzhaft empfunden. Ich konnte nie verstehen, dass ein politisches System seine eigenen Menschen einsperrt. Die deutsche Teilung war zu jeder Zeit eine Wunde, selbst als sich mancher bei uns damit arrangieren wollte. Umso beeindruckender war es zu sehen, wie die Menschen in der ehemaligen DDR durch Mut und durch eigene Courage das System ins Wanken brachten. Es ist Helmut Kohl und schon vorher Franz Josef Strauß zu verdanken, dass die Deutsche Frage offengehalten wurde und dass es dann kluge Pläne gab, die einmalige Chance der Geschichte zu nutzen. Aber die Grundlage waren die Menschen.

Am Tag des Mauerfalls ging es mir wie vielen und ich war eher überrascht. Ich habe zuhause Fernsehen geschaut. Es war unglaublich und bewegend, wie ein einzelner Versprecher von Schabowski dazu geführt hat, dass sich die Welt änderte. Als ich später gesehen habe, wie die Abgeordneten im Bundestag in Bonn aufgestanden sind und die deutsche Nationalhymne gesungen haben, stand ich innerlich mit auf und habe sie auch mitgesungen. ///

Am Tag, an dem die Mauer fiel, befand ich mich in Deutschland und begann, dieses Gedicht zu schreiben:

DIE MAUER

Zum 3. Oktober 1990

Als wir sie schleiften, ahnten wir nicht,
wie hoch sie ist
in uns

Wir hatten uns gewöhnt
an ihren horizont

Und an die windstille

In ihrem schatten warfen
alle keinen schatten

Nun stehen wir entblößt
jeder entschuldigung



**/// REINER KUNZE,
DICHTER, FRANZ JOSEF
STRAUß-PREISTRÄGER 2015**

„Mir war in diesem Moment klar, dass eine Zeitenwende stattfinden würde.“



**/// DR. THEO WAIGEL,
BUNDESMINISTER A. D.,
RECHTSANWALT**

/// Als die Mauer fiel, am 9. November 1989, weilte ich auf einer CSU-Jubiläumsveranstaltung in Illerberg, in meinem Wahlkreis Neu-Ulm. Der Kreisvorsitzende der CSU und Landrat, Erich Josef Geßner, hatte mich dringend gebeten, diese Veranstaltung nicht abzusagen. Trotz der damals schon angespannten Stimmung in Bonn flog ich in meine Heimat, um sie zu bestreiten. Während der Veranstaltung wurde mir die Nachricht übermittelt, dass die Mauer geöffnet sei. Ich beendete so schnell wie möglich meine Rede, fuhr in mein Haus nach Oberrohr und telefonierte mit meinen Mitarbeitern im Bundesfinanzministerium in Bonn und in der Landesleitung in München. Wir vereinbarten schnellstmöglich am nächsten Tag einen Flug nach Berlin, um mich dort mit Bundeskanzler Helmut Kohl zu treffen, der in Polen auf Staatsbesuch war und diesen unterbrach. Wir vereinbarten, uns am Nachmittag des nächsten Tages im Schöneberger Rathaus mit den anderen verantwortlichen Politikern zu treffen und am Abend am Brandenburger Tor gemeinsam eine Kundgebung durchzuführen.

Mir war in diesem Moment klar, dass eine Zeitenwende stattfinden würde. Gleichzeitig war ich in Sorge, wie die Sowjetunion darauf reagieren würde. Schließlich standen etwa 400.000 Sowjetsoldaten noch auf deutschem Boden. Hätte Gorbatschow sich nicht durchgesetzt, sondern die Clique, die auch schon damals gegen ihn war, hätte eine Gewaltanwendung wie kurz zuvor in Peking oder wie früher in Ungarn und der Tschechoslowakei nicht ausgeschlossen werden können. Mir war zu diesem Zeitpunkt auch klar, dass finanzpolitisch eine riesige Herausforderung auf mich zukommen würde. Denn wir hatten gesagt, wenn in der DDR die Freiheit eingeführt wird, werden wir dafür auch Opfer bringen. So wechselten sich bei mir Freude und Anspannung ab. ///







Quelle: Kazimierz Jurewicz / Alamy / mauritius images



Quelle: Hocherthake / picture alliance



Quelle: ACP / Koylent / mauritius images



Quelle: imageBROKER / picture alliance



Quelle: FrankvandenBergh / Getty Images



Quelle: Peter Einzinger / mauritius images

„Das Wunder wollte nicht so schnell in meinen Kopf.“

///Während sich die Menschen jubelnd in die Arme fielen, kam meine Freude über den Mauerfall erst nach und nach. Das Wunder wollte nicht so schnell in meinen Kopf. Mit offenem Mund verfolgte ich die unfassbaren Bilder: Die einen rannten in den Westen, die anderen in den Osten.

Noch hatte ich die dramatischen Szenen in der Prager Botschaft vor Augen, wo sich die Flüchtlinge mit Angst in den Augen drängten. Dann kam die Nachricht, sie würden durch die DDR in den Westen gebracht. Der Gedanke, die Züge könnten angehalten und die Menschen rausgeholt werden, machte mir Angst. Dann ging alles gut. Heute wissen wir, das Wunder geschah durch ein Missgeschick. Ohne einen Schuss – nur mit Glückseligkeit fiel die Mauer. Das sollten wir nie vergessen! ///



(c) Copyright Roberto Ferrantini

/// USCHI GLAS, SCHAUSPIELERIN

„Dort einfach hin- und herzugehen, war auf einmal normal.“

/// Am Abend des 9. November 1989 besuchte ich im Berliner Zentrum ein Jazzrock-Konzert. Nach der Pause war nur noch die Hälfte der Zuschauer im Saal und irgendeiner meinte, die Mauer sei auf. Ich hielt das für eine Äußerung aufgrund von zu viel Alkohol. Als ich nach Konzertende die vielen Autos und Menschen Richtung Grenzübergang Invalidenstraße eilen sah, wurde ich skeptisch und ging mit. Direkt vor Ort sah man die Ost-Autos den Grenzübergang passieren und ebenso viele Fußgänger von Ost nach West und umgekehrt. Dazwischen standen ratlose und verzweifelnde DDR-Uniformierte nebst etlichen westlichen TV-Übertragungswagen.

Diesen Anblick fand ich unglaublich und verstörend. Am Abend davor wäre bei Betreten dieser Sicherheitszonen geschossen worden. Fremde Menschen umarmten sich und jubelten. Dort einfach nur hin- und herzugehen, war auf einmal normal. Dieser Moment hat mich sehr bewegt, zumal ich acht Jahre vorher, für diesen einfachen Wunsch in Hohenschönhausen und Bautzen in politischer Haft war. ///



/// **THOMAS LUKOW,**
REFERENT, MUSIKER,
EX-DDR-BÜRGER

„Nie wieder erlebte ich so deutlich eine historische Stunde.“



/// **PROF. URSULA MÄNNLE,**
VORSITZENDE DER
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG,
STAATSMINISTERIN A. D.

/// Wie immer im November war ich im Ausschuss intensiv mit den Haushaltsberatungen beschäftigt, als ein Offiziant hereinkam mit der Mitteilung: „Die Mauer ist offen.“ Gleich danach kam die Nachricht, im Plenarsaal wäre Näheres zu erfahren. Wir alle stürmten die Aufzüge und da es uns nicht schnell genug ging, rasten die meisten die Treppen hinunter, so auch ich. Atemlos kamen wir im Ersatzplenarsaal des Wasserwerks an. Er war – wie selten – voll und durch die Reden der Fraktionsvorsitzenden wurde uns klar, was sich ereignet hatte. Spontan erhoben sich drei Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, Ernst Hinsken, Albert Probst und Hermann-Josef Unland, und stimmten das Deutschlandlied an. Wie eine Welle ging es durch den Saal, die Abgeordneten erhoben sich (auch die Grünen, was eine Seltenheit war) und sangen mit. Ein brüchiger Gesang, denn vielen kamen die Tränen und sie schluckten die Emotionen hinunter.

Aber wir schämten uns der Tränen nicht. Die Sitzung wurde für beendet erklärt und wir eilten zum nächstgelegenen Fernseher, um die Entwicklung der Dinge zu verfolgen. Nie wieder erlebte ich so deutlich eine historische Stunde, selbst beim Singen der Nationalhymne am 3. Oktober 1990 auf der Treppe des Reichstags in Berlin nicht. ///



Wenzel, Florian / Boeser-Schnebel, Christian: **Dorfgespräch. Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum.** Bonn: Stiftung Mitarbeit 2019, 120 Seiten, € 12,00.

/// Wir haben uns gerade noch gefehlt

DORFGESPRÄCH

Es gibt viele Leitfäden mit Checklisten und Best-Praxis-Beispielen für gelungene Bürgerbeteiligungsprozesse. Diese beschreiben Methoden, wie Bürger eingebunden werden können, um z. B. ein gemeinsames Leitbild für die Zukunft ihres Ortes zu entwerfen und zu einzelnen Handlungsfeldern entsprechende Ziele und Maßnahmen abzuleiten. Doch diese Handreichung verfolgt einen anderen Ansatz und füllt damit eine Lücke. Es ist eine Anleitung, wie man über neue Orte und Wege der Kommunikation möglichst viele Men-

schen in einem Dorf miteinander ins Gespräch bringt, die sich im Alltag sonst nicht begegnen.

Statt aber über Stärken und Schwächen des Dorfes in Bereichen wie Wirtschaft, Siedlung oder Verkehr zu diskutieren, steht die persönliche Begegnung selbst im Fokus und die Reflexion, welche Zugehörigkeiten es im Dorf gibt und wie sie definiert und wahrgenommen werden. Von besonderer Bedeutung ist das Kennenlernen der Werte und Haltungen des jeweils anderen. Der in der Publikation vorgestellte An-

satz heißt daher „Dorfgespräch“ und versteht sich als Beitrag zur Förderung von Demokratie- und Wertekompetenz im ländlichen Raum.

Anlass für die Wertedialoge

Gerade in Zeiten, in denen allerorten eine Verrohung der Kommunikationskultur konstatiert wird, versucht das Konzept der Dorfgespräche, dem etwas entgegenzusetzen. Laut Florian Wenzel und Christian Boeser-Schnebel ist zu beobachten, dass die „demokratische Konfliktfähigkeit“ schwindet (S. 27) und eigene Wertvorstellungen gleichsam als nicht verhandelbare Gesetze verstanden werden. Die Dorfgespräche thematisieren „Dissens und Konflikt als essenzielle Bestandteile eines demokratischen Miteinanders“ (S. 24). Sie laden dazu ein, „sich in der Auseinandersetzung mit Anderen der eigenen Haltung bewusst“ zu werden und nicht nur im üblichen Schlagaustausch „um das beste Argument zu streiten“ (S. 28).

Ein weiterer Auslöser des spezifisch demokratie relevanten Anspruches dieser Dorfgespräche ist die seit dem Sommer 2015 anhaltende Auseinandersetzung in Debatten über Flucht, Zuwanderung und Integration. Diese wirft für die Autoren grundsätzliche Fragen auf wie etwa: „Wie gehen wir als Gesellschaft, als dörfliche Gemeinschaft und als Individuen mit denjenigen um, die sich nicht in eigene Denk- und Handlungsschemata einordnen lassen? Welche Wertvorstellungen und sinngebenden Haltungen liegen dem zugrunde, was wir befürworten oder ablehnen? Wer sind ‚Wir‘ überhaupt?“ (S. 17). Die Dorfgespräche wollen eine Atmosphäre schaffen, die zu Neugier und Offenheit gegenüber „Anderem“ anstiftet und dazu einlädt, das Verbindende und Ge-

meinsame zu entdecken und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Hier kann man ausloten, ob sich neue Brücken bauen lassen.

Menschen motivieren

In den Dorfgesprächen gehen Menschen bewusst aufeinander zu und kommen miteinander ins Gespräch. Dies könnte auch das Problem lösen, das viele Gemeinden kennen: In manchen Bereichen ist es schwer, Nachwuchs für ehrenamtliche Funktionen zu finden. Oft sind es immer wieder die gleichen Personen, die sich engagieren und das Dorf präsentieren, ob im Gemeinderat, in Vereinen oder Verbänden, wobei sich dann die Frage stellt, wie repräsentativ deren Zusammensetzung jeweils ist. Oft etablieren sich, so die Autoren, eingespielte Hierarchien und Entscheidungswege. Das Dorfgespräch versteht sich als ein Experiment, solche Strukturen zu durchbrechen und Neues zu wagen. Weiterentwicklung hat mit dem „Verlassen der eigenen Komfortzone zu tun“ (S. 22). Die bisherigen „Macher“ treten zurück, jene, die Außenstehende waren, werden ermuntert, für sich zu stehen und selbst Verantwortung zu übernehmen.

Was ist „das Ländliche“?

Warum es vor allem in ländlichen Räumen wichtig ist, Teilhabe und Eigeninitiative zu fördern, legt in einem Gastbeitrag Wolf Schmidt, Stifter und Vorsitzender des Stiftungsrates der Mecklenburger AnStiftung, nahe. Er konstatiert eine Entfremdung von Stadt und Land, bei der sich eine „rurale Majorität“ fremd und unverstanden einer „urbanen Meinungshoheit“ (S. 5) gegenüber sieht. Die meisten Menschen leben in ländlichen Räumen und doch gibt die Stadt

den Takt an. Ländliche Milieus würden als heimat-, identitätsbezogen und konservativ beschrieben, während das urbane Milieu für eine offene, bunte und diverse Gesellschaft stehe.

Vor allem in ohnehin strukturschwachen Gebieten kann das Gefühl, bevormundet und abgehängt zu sein, in Populismus, Protestaktionen und entsprechende politische Wahlergebnisse münden. Dies zeigten ihm die Trump-Wahlen in den USA, die Brexit-Abstimmung in Großbritannien und die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich ebenso wie der Stimmenanteil der AfD hierzulande.

Was ist ländlich? Auf circa zehn Seiten wirft Schmidt einige Schlaglichter auf Merkmale – oder vermeintliche Merkmale – sozialer Verhältnisse auf dem Land, um mit dem Aufruf zu schließen: „Das Gespräch über Werte des Städtischen und des Ländlichen, über individuelle Präferenzen und über Wege der Gestaltung von Lebensbedingungen zu führen – wie es im Rahmen der Dorfgespräche zentral ist, ist deshalb eine entscheidende Herausforderung“ (S. 15).

Praxisanleitung

Das Konzept „Dorfgespräch“ wurde im Rahmen eines Modellprojekts der Bundeszentrale für politische Bildung in drei unterschiedlichen Kommunen von 2017 bis 2019 erprobt. Auf dieser Basis geben die Autoren eine konkrete Anleitung für die Umsetzung vor Ort, etwa, wie viel Zeit und welches Budget veranschlagt werden muss, wie und von wem das Projekt initiiert werden kann und welche Schritte zur Vorbereitung, im Ablauf und zur Ergebnissicherung notwendig sind. Besonders hilfreich sind die Drehbücher, Leitfäden, Arbeitsblätter und Reflexionsbögen zu jedem einzelnen

Baustein, sogar auf „FAQs“, also häufig gestellte Fragen, wird eingegangen.

Kann mich mein Dorf überraschen?

Vor allem die Intensität der Vorbereitungsphase und der Öffentlichkeitsarbeit dürfte manchen Leser vielleicht überraschen und neugierig machen. Aber bei einem Projekt, das auch irritieren und gewohnte Strukturen aufbrechen will, ist es wichtig, sorgfältig vorzugehen und einen Vertrauensvorschluss aufzubauen. Dieser wird beispielsweise durch die Öffentlichkeitsarbeit erreicht, in welcher ganz unterschiedliche Dorfbewohner, etablierte wie ungewöhnliche Vertreter, ein persönliches Statement, etwa in einem Video oder Flyer, abgeben und auf das Projekt neugierig machen.

Auch die Frage, welche Räumlichkeiten geeignet sind, ist nicht so trivial, denn sie sollen symbolisieren, dass es um etwas Neues, Anderes geht, und aussagen, „schön, dass du da bist“. Catering und Methoden zur Auflockerung können dazu beitragen, den sonst gewohnten, formalen Charakter von Veranstaltungen aufzubrechen und die Menschen mit einem Augenzwinkern aus der Reserve zu locken.

So verspricht die Idee des Dorfgesprächs einen interessanten neuen Ansatz, der sich von anderen Bürgerbeteiligungsmodellen unterscheidet und diese ergänzt. Es bleibt zu wünschen, dass sich viele an dieses Experiment wagen. Das Handbuch beschreibt nicht nur die konzeptionellen Hintergründe von Wertedialogen als Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, sondern bietet auch konkrete, praxiserprobte Hinweise zum Planungsprozess und zur methodischen Gestaltung. Das Buch ist damit für all jene empfehlens-

wert, die sich in Theorie oder Praxis mit Beteiligungsprozessen, Kommunikationsstrategien und Demokratieentwicklung vor Ort beschäftigen, seien es engagierte Bürger, Vertreter aus Gemeinde und Verwaltung oder Moderatoren, Planer und Wissenschaftler.

Die Autoren konnten dabei ihre langjährige Expertise einfließen lassen. Beide sind Sozialwissenschaftler mit Fokus auf Erwachsenenbildung und politischer Bildung und suchen in Netzwerken, etwa als Vorstandsmitglieder im Gesellschaftswissenschaftlichen Institut München, den ständigen Austausch von Wissenschaft, politischen Entscheidungsträgern und Bürgergesellschaft, um das Wissen in Theorie und Praxis weiterentwickeln zu können.

SILKE FRANKE, DIPL.-GEOGR.
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Fröhlich, Stefan: **Das Ende der Selbstfesselung. Deutsche Außenpolitik in einer Welt ohne Führung.** Wiesbaden: Springer-Verlag 2019, 166 Seiten, € 20,44.



Mit dem Ende der deutschen Teilung begann eine mittlerweile mehrmals auf, dann wieder abflauende Debatte um eine angemessene Außenpolitik und internationale Rolle des vereinten Deutschlands. Dass die Diskussion sich in erster Linie um Deutschlands Macht dreht und damit um die umstrittene Frage einer deutschen Hegemonieposition in Europa, lässt sich an den Titeln einschlägiger Studien ablesen. Während der Bundesrepublik im Zeitalter der deutschen Teilung lediglich „Fragmente der Macht“ (Wolfram Hanrieder) zugeordnet wurden, werden dem vereinten Deutschland umfassendere Potenziale attestiert und gleichzeitig Feststellungen bzw. Erwartungen bezüglich Berlins Rollenverhalten vermittelt: „Vormacht wider Willen“ (Stephan Bierling), „Gestaltungsmacht“ (Wilfried von Bredow), „Europas unverzichtbarer Hegemon“ (Simon Bulmer), „Großmacht“ (Eric Gujer), „Mitführungsmacht“ (Helga Haftendorn, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet), „Zivilmacht“ (Sebastian Harnisch), „Tamed Power“ (Peter J. Katzenstein), „Uncertain Power“ (Hanns W. Maull), „Reluctant Hegemon“ (William E. Paterson), „Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle“ (Eberhard Sandschneider), „Gegenmacht Europas“ (Gregor Schöllgen),

„Hegemon wider Willen“ (Christoph Schönberger), „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) oder „Ratloser Hegemon“ (Constanze Stelzenmüller), um nur einige prägnante Charakterisierungen zu erwähnen.

Der an der Universität Erlangen-Nürnberg wirkende Politikwissenschaftler Stefan Fröhlich hat diese Diskussion um Deutschlands Außenpolitik nun um einen streitbaren politischen Essay bereichert, der für eine Neubewertung der deutschen Rolle in Europa und der Welt plädiert. Deutschlands Außenpolitik, so die zentrale These Fröhlichs, der durch zahlreiche einschlägige Studien europäischer, insbesondere deutscher Außenpolitik und transatlantischer Beziehungen hervorragend ausgewiesen ist, sei besser als ihr Ruf. Die Bundesrepublik habe seit ihrem „unfreiwilligen Aufstieg zur zentralen Macht Europas“ in den vergangenen Jahren ohnehin bereits mit zahlreichen Tabus gebrochen und eine Führungsrolle in Europa eingenommen. Auch deshalb klängen die Vorwürfe derjenigen, die einerseits „lautstark fordern, dass das Land mehr Mut aufbringen und für seine eigene Sicherheit Verantwortung übernehmen müsse“, andererseits „im gleichen Atemzug vor deutschem Interventionismus warnen“ und damit Führung und globale Verantwortung paradoxerweise selbst in Frage stellen, „geradezu zynisch“.

Fröhlichs, im Titel „Das Ende der Selbstfesselung“ seines Essays ausgedrückte Argumentation im Sinne einer gereiften deutschen Außenpolitik, knüpft an Helga Haftendorns im Jahre 2001 erschienene und später vielzitierte Studie „Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung“ an, in der die große Berliner Internationale-Politik-Gelehrte mit

scharfem analytischem Auge auf eine auch durch Deutschlands Mittellage in Europa bedingte Konstante hingewiesen hatte, die für das Spannungsfeld zwischen zurückhaltender und selbstbewusster Außenpolitik verantwortlich war: „War es [Deutschland] zu schwach, wurde es zum Spielball der Weltmächte; war es zu stark und versuchte es, seine Interessen selbstbewusst und offensiv, gar expansiv durchzusetzen, weckte es starke Gegenkräfte“ und sah sich dann „mit der vereinten Gegenmacht der anderen Mächte konfrontiert“.

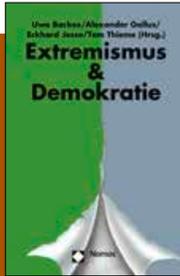
Heute, so legt Fröhlichs mit feinem Strich gezeichnete Analyse dar, sei dieses Spannungsfeld zwar (noch) nicht vollständig überwunden, es hätte jedoch Deutschlands „Pragmatismus der vergangenen Jahre durchaus die passenden Antworten auf die Herausforderungen in Europa und der Welt gegeben“, wodurch die Beendigung der einstigen „Selbstfesselung“ nicht nur möglich, sondern auch notwendig und legitim sei. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen und damit Aufgaben und Prioritäten in einer „Welt ohne Führung“, in der die militärische Dimension zwar immer noch mitprägend sei, in der jedoch insbesondere wirtschaftliche und technologische Komponenten eine signifikante Rolle spielten. Sich in diesem Sinne für ein adäquates Management militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen zu rüsten, sei „die zentrale Herausforderung für die deutsche Außenpolitik“. Angesichts der Notwendigkeit, den Blick nach vorne zu richten, fordert Fröhlich, die „leidige Debatte“ über Deutschlands „eigentümliche Rolle zwischen Selbstbeschränkung und Hegemonie in Europa und der Welt“ endlich und endgültig einzustellen: „Sie ist schlichtweg überholt und wenig ziel-

führend.“ Deutschland brauche „keinen Weckruf“, um aus seiner vermeintlichen Lethargie zu erwachen; es habe bereits pragmatische Entscheidungen getroffen und die Zeichen der Zeit „längst erkannt“.

Allerdings müsse es „den letzten und entscheidenden Schritt endlich tun und dort militärische Verantwortung übernehmen“, wo das Völkerrecht dies erfordere. Damit stellt Fröhlich sich deutlich gegen diejenigen Beobachter, Analytiker und Kritiker deutscher Diplomatie, die einerseits mehr internationale Verantwortung von Berlin fordern, gleichzeitig aber Zurückhaltung bei militärischen Auslandseinsätzen postulieren, ohne präzise zu sagen, unter welchen Bedingungen Deutschland sich an „humanitären Interventionen“ beteiligen kann und soll. Wenn es um schwere Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, ethnische Säuberungen oder den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gehe, dürfe sich Deutschland seiner Verantwortung schlicht und einfach nicht entziehen. Fröhlichs diesbezüglich kompromisslose Position spiegelt die Bedingungen der weltpolitischen „Unordnung“. Sie ist stringent und „realistisch“ im besten Sinne des Wortes: Jeden Versuch, Deutschlands Außenpolitik auch in der aus den Fugen geratenen Welt ohne Ordnung und ohne Führung „in Kontinuität und Zivilmachtrolle zu denken“, geißelt er zu Recht als „genauso absurd“ wie den Verweis, dass Macht heute „anders gedacht“ werden müsse, „als dies die USA, Russland oder China täten, nämlich partnerschaftlicher und kooperativer“.

PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER,
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Backes, Uwe / Gallus,
Alexander / Jesse, Eckhard
/ Thieme, Tom (Hrsg.):
Jahrbuch Extremismus und
Demokratie. Baden-Baden:
Nomos 2018, 532 Seiten,
€ 98,00.



Das Jahrbuch Extremismus und Demokratie ist in bewährter Form in der 30. Ausgabe erschienen. Der Herausgeberkreis (Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse) wurde mittlerweile um Tom Thieme erweitert, das Buch hat aber die bekannte Struktur beibehalten. Es bleibt bei den Hauptteilen Analysen, Daten, Dokumente, Dossiers sowie Literatur. Darin werden zahlreiche Erscheinungsformen des Extremismus von ausgewiesenen Fachleuten analysiert. Dabei werden aktuelle wie historische Phänomene des Extremismus mit großer Sachkunde in den Blick genommen. Der komparative Aspekt kommt erneut zu kurz, ebenso der Blick in andere Länder. Das „Forum“ aus früheren Bänden fehlt diesmal.

Im ersten Abschnitt („Analysen“) finden sich wieder eher grundsätzliche Analysen zu ausgewählten Themenbereichen. Tom Thieme wägt die Verwendung der Begriffe Extremismus und Radikalismus als Analyseinstrumente ab und warnt vor der Einführung des „Semi-Extremismus“ als zusätzlichem Schema. Tom Mannewitz präsentiert einen differenzierten Vorschlag für ein normatives Extremismuskonzept. Dieses soll die Erfassung und Messung erleichtern, ohne den normativen Extremismusbegriff aufzugeben.

Stefan Brieger untersucht die Vereinsverbotspraxis im vereinten Deutschland und will dabei vor allem machtpolitische Kalküle herausarbeiten. Er zeigt, dass bei diesem von der Politikwissenschaft stark unterbelichteten Thema zwar keine direkten politisch-konjunkturellen Einflüsse nachzuweisen sind, aber andererseits parteipolitische Überlegungen im Hinblick auf Wahltermine durchaus eine Rolle spielen können. Ebenso interessant ist der letzte Beitrag in diesem Abschnitt von Sebastian Gräfe, der die Logik der Gewalt bei RAF und NSU untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Einschätzung der Bereitschaft zur Gewaltanwendung zentral ist für die Analyse des Gefährdungspotenzials, was für alle terroristischen Milieus inklusive des islamistischen gilt.

Im zweiten Abschnitt („Daten, Dokumente, Dossiers“) erscheint wie gewohnt ein Überblick über Wahlen und Organisationen im Berichtsjahr 2017 von Eckhard Jesse und Uwe Backes, wobei zumeist die extremistischen Gruppierungen im Vordergrund stehen. Es folgt eine kurze Dokumentation von Alexander Gallus über ein Manifest von Publizisten, das die historischen Konstellationen der Jahre 1918 und 2018 gegenüberstellen und ein Zeichen für Freiheit und Menschenrechte setzen wollte, aber keine große Resonanz erfuhr.

Im weiteren Verlauf des Abschnitts finden sich einige zum Teil sehr ergiebige und instruktive Einzelbeiträge. Isabelle-Christine Panreck gibt einen aktuellen Überblick über DKP, MLPD und SGP, die zwar bei Wahlen keine Rolle spielen und selbst im linksextremistischen Spektrum isoliert sind, aber (immer noch) existieren und daher weiter im Blickfeld bleiben sollten. Clemens Pleul analysiert die Identitären und

kommt zu dem Ergebnis, dass diese mehr sind als ein „virtueller Scheinrieise“, weil sie junge Menschen für Aktionen gewinnen wollen und dabei bewusst in Arbeitsteilung mit anderen Phänomenen auf der Straße und in der Publizistik agieren. Michail Logvinov unternimmt eine Einschätzung des Gefährdungspotenzials, das von Rückkehrern aus dem IS ausgeht. Er mahnt dabei eine Kriminalstrategie auf der Basis einer differenzierten Gefährdungsanalyse an, die bislang in unserem Land (insbesondere im Hinblick auf Frauen und Kinder) noch nicht existiere.

Jürgen P. Lang liefert ein spannendes biographisches Porträt über Björn Höcke, in dem er offenlässt, ob dieser unter einem Pseudonym Autor eines Artikels in einem NPD-Blatt gewesen war. Florian Hartleb liefert ein instruktives Länderporträt zu Österreich und gibt dabei einen guten Überblick über die ausufernde (und anwachsende) Literatur zur FPÖ. Das Zeitschriftenporträt von Eckhard Jesse behandelt die Materialien der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz, die jedes Jahr von der Tageszeitung Junge Welt durchgeführt wird. Diese findet zwar in der breiten Öffentlichkeit keine Beachtung, ist aber für die Szene sehr interessant – sei es durch die Mitwirkung ehemaliger Terroristen und Stasi-Mitarbeiter oder durch die Wanderungen einiger Protagonisten: Bei der ersten Konferenz 1996 trat dort noch Jürgen Elsässer als Vertreter der Jungen Welt auf, der jetzt am anderen Ende des extremistischen Spektrums seine Heimat gefunden hat.

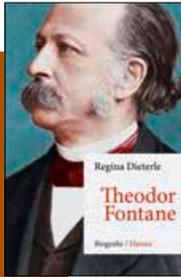
Der Literaturteil bietet wie immer eine umfassende Sammlung längerer und kürzerer Rezensionen. Er beginnt mit einem längeren Literaturbericht von Gerhard Wettig über Literatur zur Rus-

sischen Revolution. Eckhard Jesse trägt eine Sammelrezension über Literatur zum „deutschen Herbst“ bei und auch die Rubrik „Kontrovers besprochen“ findet sich erfreulicherweise wieder mit vier Besprechungen des Buches „Die Angstmacher“ von Thomas Wagner. Es folgen eine Reihe von Haupt- und Kurzbesprechungen. Diese sowie die kommentierte Bibliographie bieten einen umfassenden Überblick über wichtige neue Literatur. Sie sind nicht nur von ausgewiesenen Fachleuten geschrieben, sondern sind sowohl für andere Fachleute wie auch sonstige Interessierte in diesem Bereich eine Pflichtlektüre. Auch ein ausführliches Personenverzeichnis ist wieder vorhanden.

Das neue Jahrbuch Extremismus und Demokratie setzt nicht nur die Tradition, sondern auch das hohe Niveau der früheren Bände fort. Es dokumentiert den „state of the art“ der Extremismusforschung in Deutschland und darf daher ohne Übertreibung als vorbildlich für andere Teile der Politik- und Sozialwissenschaften bezeichnet werden.

DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNSEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Dieterle, Regina:
Theodor Fontane: Biografie.
München: Carl Hanser
Verlag 2018, 832 Seiten,
€ 34,00.



Diese Biographie mit ihren knapp 700 Seiten dürfte das Erschöpfendste sein, was der Buchmarkt zu den höchstpersönlichen Lebensumständen Theodor Fontanes derzeit bieten kann. Auch die Zeittafel am Ende des Textes ist von ungewöhnlichem Inhaltsreichtum.

Die Autorin war längere Jahre Vorstandsmitglied und Vorsitzende der Fontane-Gesellschaft und ist bereits mit einer Biographie über des Dichters Tochter Martha hervorgetreten. Ihr Stil ist, bei aller selbstverständlichen germanistischen Präzision, nicht von wissenschaftlicher Schwere bestimmt, sondern hat Leichtigkeit. Mitunter glaubt man ein Augenzwinkern wahrzunehmen, und alles macht den Eindruck von Objektivität. Das passt sehr gut zu Fontane, der sich selbst als „Potraitist und Causeur“ sah mit einem „Plauder- und Bummelstil“, stets zur Ironie bereit, nirgendwo einseitig dozierend, das Wenige, was er an Handlung braucht, in eine Reihe launiger Dialoge auflösend. Denn er schätzte sich selbst als einen Meister der Dialoge ein, einer Kunst, die er bei den meisten seiner schreibenden Zeitgenossen vermisste.

Seinen Platz in der Literaturgeschichte, die an dieser Stelle mit dem Etikett des „Realismus“ versehen ist, hat er weniger durch seine reflektierenden, trotz mancher Melancholie locker formulierten

Sinngedichte, die freundlich-resignierte Lebensweisheit fast schon wie sein Zeitgenosse Wilhelm Busch bringen. Auch dass ihn sein Vater zum größten lebenden deutschen Balladendichter erklärt hat – erinnert sei hier lediglich an „Archibald Douglas“, „John Maynard“ und „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“ –, steht heute, da das Gedichtlernen im Deutschunterricht aus der Mode gekommen ist, wohl nicht mehr im Vordergrund. Aber seine großen Altersromane von „Vor dem Sturm“ (Erstveröffentlichung 1878) bis zu dem auch Thomas Mann entzückenden „Stechlin“ (Buchausgabe 1898, kurz nach Fontanes Tod am 20. September 1898) haben seinen Ruhm als „Klassiker“ fest begründet.

Da mithin bis 1878 60 seiner beinahe 79 Lebensjahre bereits vergangen sind, müssen diese in der Biographie 566 von insgesamt 694 Textseiten einnehmen – so das Kalkül der Autorin. Der Rezensent bekennt, dass ihm eine umgekehrte Gewichtung lieber gewesen wäre. Denn wenn man Fontane zu seinem 200. Geburtstag so hervorheben will, wie er es verdient, dann muss man an seinen großen Leistungen ansetzen und nicht an seinen, in die Zeit davor fallenden journalistischen Arbeiten, einschließlich seiner höchst detaillierten Kriegsbücher zu den deutschen Einigungskriegen von 1864, 1866 und 1870/71. Die hat er (überwiegend jedenfalls) militärisch-trocken, unter penibler Hinzuziehung von Generalstabsakten und anderen militärischen Dokumenten und unter strikter Vermeidung chauvinistischer Töne geschrieben. Übrigens setzt die Autorin für 1870/71 einen unpassenden Ton, wenn sie diesen Krieg einen „modernen Annexions- und Eroberungskrieg“ nennt. Er war vielmehr aus der deutschen Defensive gegen französische Hegemoniegelüste entstanden.

Zum freien „Dichter“ fehlte Fontane damals noch das Geld, er musste für seine Familie sorgen. Vorher hatte er als Redakteur für verschiedene Berliner Zeitungen gearbeitet, und ihm ist zu bescheinigen, dass er das journalistische Handwerk routiniert beherrschte. Bis 1848 hatte er Umgang mit Burschenschaftlern, die damals allerdings „links“ ausgerichtet waren, mit Sympathien für Demokratie und Republikanismus. Nach der Niederschlagung der Revolution in Berlin (November 1848) durch königstreue Truppen arbeitete er jedoch in der Pressestelle des konservativ-reaktionären Kabinetts Manteuffel, und als ab 1859 ein etwas liberalerer Wind wehte, passte er sich auch diesem umstandslos an.

Den ab etwa dieser Zeit sukzessive entstehenden „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“, dem wohl bekanntesten, aber nicht unbedingt am meisten gelesenen Werk Fontanes, widmet die Autorin dann doch größere Aufmerksamkeit. Bezüglich seiner Reisebücher über England und Schottland liegt der Hauptakzent auf den Reisen selbst, nicht auf dem literarischen Ergebnis. Die deutsche Einheit, durch Bismarck und Moltke herbeigezwungen, bejahte er nachdrücklich, zumal er von Bismarcks Persönlichkeit fasziniert war. Als er 1898 von Bismarcks Tod erfuhr, soll er geweint haben. Nach dessen Sturz (März 1890) hat er jedoch geschrieben: „Es ist ein Glück, dass wir ihn los sind [...] Seine Größe lag hinter ihm; sie bleibt ihm in der Geschichte und in den Herzen des deutschen Volkes, aber was er in den letzten Jahren davon verzapft hat, war nicht weit her“.

Ab den späten 1880er-Jahren war er in Deutschland wegen seiner inzwischen erschienenen Gesellschaftsromane, die die Kritik denen von Emile Zola

und Guy de Maupassant an die Seite stellte, eine Institution geworden, mit einem eigenen Beitrag im Brockhaus-Lexikon. Sein größter buchhändlerischer Erfolg war „Effi Briest“ (1895). Dieses Buch wird von der Autorin leider auch nur stiefmütterlich behandelt, abgesehen von Hinweisen darauf, wie dort, und auch immer wieder in anderen Werken, autobiographische Elemente in verfremdeter, „poetisierter“ Form einfließen. Realismus ja, aber die Wirklichkeit muss dem literarischen Zwecke adaptiert werden. Und am besten im allgemein durchgehaltenen Plauderton, der auch ernsten Themen zuteil wird, und die Künstlichkeit von Anordnung und Komposition vergessen lässt.

Der alte Baron Dubslav, im „Stechlin“ die Hauptfigur, verliert als Kandidat der Konservativen deren Wahlkreis in der Ersatzwahl für den Reichstag an den Sozialdemokraten. Das stört ihn aber nicht weiter, die gehobene Gesellschaft „causiert“ noch 26 Kapitel weiter. Das alte Preußen muss etwas Neuem Platz machen. Diese Aussage wird auf etwas romantische Art durch die Geschichte vom „roten Hahn“ angedeutet. Der sitzt auf dem Grunde des Stechlin-Sees, und bei einer Katastrophe in der weiten Welt wird der See aufgewühlt. Der rote Hahn taucht auf und kräht ganz fürchterlich. Denn das märkische Idyll ist auf derart geheimnisvolle Weise mit der ganzen Welt verbunden und muss deren Schicksale teilen.

Uns scheint, im „Stechlin“ hat Fontane den Gipfel seiner Kunst erreicht, und deren genuine Themen waren die Stagnation und das allmähliche Verblässen der preußisch-hierarchischen Adelswelt.

BERND RILL,
MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 6/2019: Leitlinien für eine erfolgreiche Energiewende

AKTUELLE ANALYSEN
 70: Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs seit 2015



AKTUELLE ANALYSEN
 71: Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
 Nr. 488 „Abgehängt auf dem Land?“ mit Beiträgen von Thomas E. Bauer, Markus Beier, Thomas Geppert, Joachim Herrmann und Barbara Wunder

Herausgeber:

© 2019, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Generalsekretär: Oliver Jörg
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Aumüller Druck Regensburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
VRD/Fotolia.com

